

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



Demonstration in Bielefeld

- *Erdogans Putsch in der Türkei – S. 4*
- *Willkommenskultur für Flüchtlinge? Nicht für alle und nicht überall – S. 6*
- *Linke Baden-Württemberg: Mit Bernd Riexinger und Gökay Akbulut in den Landtagswahlkampf – S. 12*
- *Produktionsstandort Bombardier Mannheim in Gefahr – S. 16*
- *Griechenland, Euro, EU: Für die Linke stehen Klärungen und Entscheidungen der konkreten Solidaritätspolitik noch an – S. 21*

Ausgabe Nr. 8 am 6. August 2015, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
- ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, *Venloer Str. 440, 50825 Köln*. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monnica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Aus-
landsberichterstattung: Rüdiger Lötzer,
E-Mail: ruediger-loetzer@onlinehome.de –
Alfred Küstler, Tel.: 0711-62 47 01, E-Mail:
stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff, Tel. 0209/81 53 43 oder 0178/2 87 75 71, E-Mail: t.jannoff@web.de

Diskussion / Dokumentation : Martin Fochler, E-Mail: pb@gnn-verlage.de

In & bei der Linken: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Letzte Seite: Alfred Küstler, E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com.

Onlineredaktion: Jonas Bens, jonas.bens@gmx.de

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische
Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln,
Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-
Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: +6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN-Verlagsgesellschaft Politische
Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln
Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701.
Email: stuttgart@gnn-verlage.com

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 1 Ausgabe für 5 € (beilegen) zum Kennenlernen
- o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Was ist der Stand bei den Freihandelsabkommen?

trade.ec.europa.eu, *www.handelsblatt.com*, *www.ttip-demo.de* alk. Das Abkommen zwischen der EU und Kanada, das sogenannte CETA-Abkommen, ist zu Ende verhandelt. Es folgt jetzt eine nochmalige rechtliche Prüfung und die Ratifizierung durch Regierungen bzw. Parlamente. Dann tritt es völkerrechtlich verbindlich in Kraft. Die EU-Kommission schreibt auf ihrer Internetseite zu diesem Abkommen:

- Umfassendes Wirtschaftsabkommen EU-Kanada
- Beseitigt 99 % der Zölle und viele weitere Unternehmenshindernisse
- Fördert Handels- und Wirtschaftsbeziehungen, schafft Arbeitsplätze
- Steigert BIP der EU um voraussichtlich 12 Milliarden Euro
- Vereinbarter Text öffentlich verfügbar
- Demokratische Annahme.

Der Text des Abkommens ist (in Englisch) abrufbar unter: http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2014/sep-tember/tradoc_152806.pdf

Zum Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA, dem sogenannten TTIP-Abkommen, gibt es einen grundsätzlich zustimmenden Beschluss des EU-Parlaments vom 8. Juli (436 Ja, 241 Nein und 32 Enthaltungen). In einer Erklärung des Unterhändlers der EU, Ignacio Garcia Bercero, vom 17. Juli 2015, erläutert dieser, wo noch offene Fragen sind (z.B. müssen noch Verhandlungen zwischen den Zulassungsbehörden für Arzneimittel zu Ende gebracht werden). Es wird vermutet, dass im Sommer 2016 auch dieses Abkommen zu Ende verhandelt sein wird.

Entgegen zunächst verbreiteter

Meldungen stocken die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen der USA und zwölf asiatischen und südamerikanischen Ländern (Australien, Brunei, Chile, Japan, Kanada, Malaysia, Mexiko, Neuseeland, Peru, Singapur und Vietnam). Es seien beträchtliche Fortschritte erzielt worden, so der US-Handelsminister Froman. Auch der japanische Wirtschaftsminister Amari erklärte, beim nächsten Treffen sei eine Einigung wahrscheinlich. Differenzen gab es noch im Autohandel zwischen Japan und den USA; bei Milchprodukten und Monopolphasen für neu zugelassene Arzneimittel. Die USA wollen mit dem Abkommen ein Gegenstück zum chinesisches-pazifischen Freihandelsabkommen schaffen, das zum Teil die gleichen Länder umfasst.

Am 10. Oktober will ein Bündnis von Attac über Brot für die Welt, Umweltorganisationen, den Gewerkschaften (auch IG Metall und IG BCE) bis hin zu den Grünen und Der Linkspartei noch einmal eine bundesweite Demonstration „Stopp TTIP, CETA, für einen gerechten Welthandel“ in Berlin durchführen.

Im Aufruf zur Demonstration heißt es:

Wir brauchen soziale und ökologische Leitplanken für die Globalisierung. Doch TTIP und CETA gehen in die falsche Richtung: Der „Wert“ des Freihandels wird über die Werte ökologischer und sozialer Regeln gestellt. Sonderrechte für Investoren und Investor-Staats-Schiedsverfahren gefährden parlamentarische Handlungsfreiheiten. TTIP und CETA setzen öffentliche und gemeinnützige Dienstleistungen und Daseinsvorsorge, kulturelle Vielfalt und Bildungsangebote unter Druck. Sie ziehen die falschen Lehren aus der Finanzkrise, stärken internationale Konzerne und schwächen kleine und mittelständische Unternehmen, auch in der Landwirtschaft. TTIP und CETA grenzen die Länder des globalen Südens ab statt zur Lösung globaler Probleme wie Hunger, Klimawandel und Verteilungsungerechtigkeit beizutragen.

„Technische Unterstützung des Prozesses Internetbearbeitung“ per Gesetz das Handwerk legen

maf. Der presserechtliche Informantenschutz ist ein tragender Bestandteil der Pressefreiheit. Denn nur auf diesem Wege ist es Bürgern, die als Beamte von Vorgesetzten zu unrechtmäßigem Hand veranlasst werden, möglich, die Öffentlichkeit von dieser Fehlentwicklung im Inneren des Staats zu unterrichten, ohne ihren beruflichen Untergangs zu besiegeln.



Politische Berichte im Internet: www.politische-berichte.de



Goya, Capricho No. 48: Es wird unter anderem vermutet, dass die sogenannten „Soplonos (Ohrenbläser)“ bestellte Sünder waren, die ihre Beichte in Form von unflätigen und schlüpfrigen Geschichten den Mönchen und Priestern zu deren Amüsement zuflüsterten. In einem zeitgenössischen Kommentar hierzu heißt es: „Die Beichte dient allein dazu, den Mönchen Unflat, schmutzige Worte und Zoten in die Ohren zu flüstern.“ Es ist aber auch im Bereich des Möglichen, dass hier im Originaltitel mit dem spanischen Wort „Soplos“ gespielt wurde, womit in der Regel ein Denunziant der spanischen Inquisition bezeichnet wurde.

Die Anzeige, die der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) gestellt hat, belegt, dass es sich bei dem Auszug des Haushaltsplans für den Verfassungsschutz, der bei netzpolitik.org publiziert wurde und in dem es um „technisches Unterstützung des Prozesses Internetbearbeitung“ geht, tatsächlich um ein Dokument der Behörde handelt.

Wie es an das Licht der Öffentlichkeit kam, weiß man nicht. Rechtlich sicher ist jedoch, dass die für die Publikation Verantwortlichen von netzpolitik.org darüber niemandem Auskunft geben müssen, mehr noch, dass sie auch nicht durch irgendwelche Drohungen zur Offenbarung ihres Informanten gezwungen werden dürfen.

Gewöhnlich geht die Presse mit derartigen brisanten Informationen so um: Für die Öffentlichkeit wesentliche Punkte werden in eigenen Worten dargestellt, wobei auf ein „der Redaktion vorliegendes“ Originaldokument verwiesen wird.

Auf diesem Wege können, so darf man wenigstens hoffen, die zuständigen parlamentarischen Stellen ange-regt werden, der Sache nachzugehen, ohne dass eventuell schutzwürdige Details aus dem Innenleben der Behörde, beispielhaft Name und Wohnsitz von Mitarbeitern etc., publiziert würden.

Netzpolitik.org jedoch hat den Ori-

ginaltext direkt zugänglich machen müssen, weil es sich um medientechnische Ausführungen handelt, deren Tragweite vom Fachpublikum bewertet werden muss, um danach in einer öffentlichen Diskussion abschätzen zu können, ob die Behörde Bürgerrechte zu verletzen plant, denn das war und ist ja der Vorwurf. Die Fachleute hätten mit einer von netzpolitik.org gegebenen Zusammenfassung dieser Aufgabe nicht nachkommen können.

Es stehen also zwei verschiedene Fragen an:

Erstens, ob der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz im Zusammenwirken mit dem Generalbundesanwalt versucht hat, den Informantenschutz, den die freie Presse braucht, auszuhebeln. Dies ist wahrscheinlich der Fall, und wenn es so ist, wären diese Ämter dringlich neu zu besetzen.

Zweitens wäre es schade, wenn im Gange dieses wichtigen, mit dem klassischen Mittel der Rücktrittsforderungen geführten Konflikts aus dem Blick geriete, was das Bundesamt unter dem Haushaltsplamtitel „technisches Unterstützung des Prozesses Internetbearbeitung“ vorhat.

Es geht nämlich darum, aus der Menge dokumentierter Datenverknüpfungen, die der moderne Mensch tagtäglich erzeugt, für eine Zielperson ein Profil darzustellen, aus dem sich das Netzwerk der sozialen Beziehungen sowie die sachlichen Interessen anschaulich ablesen lassen. – Der Präsident des Amtes meint offensichtlich, an die dazu erforderlichen Daten herankommen und diese ausschweifende Auswertung durchführen zu können. Wenn das der Fall ist, muss die entsprechende Lücke im Gesetz umgehend geschlossen werden. Und wenn nicht?

Während es den Behörden nicht erlaubt ist, Akten über viele, tendenziell alle einzelnen Bürgerinnen und Bürger anzulegen, die ihnen deren ganzes soziales, kulturelles und wohl auch finanzielles Gebaren anschaulich („visualisiert“) darstellen, sind umgekehrt die Behörden im Rechtsstaat verpflichtet, ihr Handeln aktenmäßig zu dokumentieren. Pauschal möchte man sagen, dass Leute, die einen derartigen Plan ausgeheckt und, wie man vermuten muss, auch bereits begonnen haben, in einem Rechtsstaat als Beamte und Träger politischer Macht fehl am Platze sind. Sie können von den Zuständigen durch konventionelles Aktenstudium und Befragung ermittelt werden.

Werauchimmersichentschloss, das Aktenstück, das die gefährlichen Pläne

des BfV belegt, an die Öffentlichkeit zu bringen, hat der Demokratie einen Dienst erwiesen, es bleibt zu hoffen, dass der mutigen Tat eine inhaltliche Debatte folgt, die in einen Gesetzgebungsprozess mündet.

Die Welt der Panzer

Virtuell ...

maf. www.t-online.de/spiele. 3.8. Auf der Spiele Messe Gamescom, 5. bis 9. August in Köln, wird wargaming.net einen neuen Ableger des Panzer-Strategiespiels World of Tanks präsentieren. Das Spiel wird für Inhaber eines nativen Xbox Live-Gold-Abo auch über die Xbox On von Microsoft zugänglich sein. – Mit weiter Verbreitung ist zu rechnen.

... aktuell ...

www.welt.de, 29.7. Die Fusion von Krauss-Maffei-Wegmann mit dem französischen Panzerbauer Nexter wurde Ende Juli gestartet, der vorläufige Name lautet Newco. In Zuge der Fusion soll Nexter, z.Zt. französischer Staatsbetrieb, privatisiert werden. Wie die Fusionisten mitteilen, ergänzen sich die Produktpaletten gegenseitig. Da die französischen Gesetze den Waffenexport leichter machen, werden verbesserte Absatzchancen erwartet.

www.autobild.de. In Entwicklung befindet sich bereits ein Nachfolgemodell für den Leopard II, der mit einem „voll-digitalen Turm“ ausgerüstet sein soll, der Lagebilder und Bilder von Drohnen in Echtzeit verarbeitet und über einem ferngesteuertes Waffensystem verfügen wird.

... im Web der Dinge

Die Entwicklung geht in Richtung einer Art fahrbaren, wie eine Festung ausgerüsteten Drohne. – Blieb konventionelles Kriegsspielzeug – etwa ein uhrwerkgetriebener Panzer – in seiner Wirkung aufs kindliche Gemüt beschränkt, so können die neuen Spiele als echtes Eindressieren von Einsatzt-techniken verstanden werden.



Erdogans Putsch in der Türkei

Der türkische Staatspräsident Erdogan hat den Friedensprozess mit den Kurden beendet und der PKK offiziell wieder den Krieg erklärt: „Es ist nicht möglich, einen Lösungsprozess fortzuführen mit denjenigen, die die Einheit und Integrität der Türkei untergraben.“ (dpa, 28.7.) Am gleichen Tag fand eine Sondersitzung der Nato statt. Diese sicherte der Türkei ihre „starke Solidarität“ im Kampf gegen „den Terrorismus“ zu.

Das Bündnis-Treffen war von der türkischen AKP-Übergangsregierung nach Artikel 4 des Nato-Pakts beantragt worden. Dieser Artikel sieht vor, dass das Militärbündnis zusammentritt, wenn die Unversehrtheit des Territoriums, die Sicherheit oder die politische Unabhängigkeit eines Mitglieds bedroht wird. Zum Anlass nahm die türkische Führung den Bombenanschlag der IS gegen das Unterstützungstreffen einer sozialistischen Jugendgruppe für

in Syrien eingetreten. Die türkische AKP-Führung hat ein Ziel: Die Zerschlagung der kurdischen Autonomiegebiete und Selbstverwaltungsstrukturen und die Aufteilung Syriens. Im Gegenzug hat die USA die Genehmigung erhalten, ihren türkischen Luftwaffenstützpunkt Incirlik als Ausgangspunkt für Kampfeinsätze in Syrien zu benutzen.

Nach einiger öffentlicher Kritik an der Beendigung des Friedensprozesses mit der PKK, gab es auf dem Nato-Treffen keine offene Kritik an dem Vorgehen der Türkei. Intern sollen einige Mitgliedsländer die türkische Führung aufgefordert haben, „im Umgang mit der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK die militärischen Mittel angemessen einzusetzen“. (Reuters, 28.7.)

Neben einigen Luftangriffen auf die IS in Syrien bombardiert die türkische Luftwaffe pausenlos seit den letz-

Gasexport in die Türkei. Die Infrastruktur und Bautätigkeit sowie alle wesentlichen industriellen Erzeugnisse kommen aus der Türkei.

Im Inland gehen gleichzeitig die türkischen Sicherheitskräfte gegen die linke politische Opposition und gegen die HDP vor. Weit über tausend Verhaftungen fanden statt. Nur eine Handvoll IS-Anhänger sind darunter. Im Istanbuler Stadtteil Gazi griff die Polizei tagelang ein alevitisches Gebetshaus an, in dem eine von der Polizei erschossene Aktivistin der DHKP-C aufgebahrt wurde. Nach ihrem Tod am 24. Juli demonstrierten in den alevitischen Stadtteilen Istanbuls Tausende. Die Polizei ging mit Tränengas und Scharfschützen gegen die Menge vor. Im Stadtteil Gazi verübten Faschisten und sunnitische Extremisten 1995 ein Massaker an den Aleviten – die Sicherheitskräfte sahen dabei zu.

Eine mögliche Regierungsbildung in der Türkei zieht sich weiter hin. Derweil regiert Erdogan mit einer nicht demokratisch legitimierten Übergangsregierung einfach weiter und stürzt die Türkei in Krieg und Chaos. Erdogan und sein Ministerpräsident Davutoğlu wollen mit ihren Angriffen auf die PKK die kurdische Bewegung und die Demokratiebewegung in der Türkei treffen. Bei den möglichen Neuwahlen soll so der Einzug der HDP ins Parlament verhindert und der AKP die absolute Mehrheit beschert werden. Nicht die AKP-Regierung, sondern die HDP habe den Friedensprozess mit der PKK beendet, verkündete der stellvertretende Ministerpräsident Akdoğan. Das ist die Antwort der AKP auf die Weigerung der HDP, einer Verfassungsänderung zu einem Präsidialsystem zuzustimmen. Selahattin Demirtaş hatte vor den Wahlen erklärt: „Erdogan, wir werden dich nicht zum Präsidenten machen.“ Gegen den Ko-Vorsitzenden der HDP Demirtaş hat der stellvertretende AKP-Fraktionsvorsitzende nun die Aufhebung der Immunität beim Gericht in Ankara beantragt. Weitere führende HDP-Politiker sollen auch aus dem Parlament entfernt werden und wegen Unterstützung der PKK vor Gericht gezerzt werden. Daraufhin hat die HDP-Fraktion beschlossen, die Aufhebung der Immunität aller 80 HDP-Abgeordneten zu fordern.

Demirtaş hat in einem Interview mit der „Neuen Züricher Zeitung“ erneut die Bereitschaft der HDP für die Fortführung des Friedensprozesses mit der PKK bekundet und gegenüber Erdogan betont: „Wir werden dich keinen Krieg führen lassen!“ Er rief ebenso die PKK auf, den Konflikt nicht weiter auszuweiten: „Wir erleben eine komplette



Istanbul: Demonstration aus Anlass des Attentats in Suruc.

Kobane in der türkischen Kleinstadt Suruc an der syrischen Grenze. Mehr als 30 Todesopfer forderte der Terrorakt.

Erdogan hatte zuvor mit dem US-Präsidenten Obama vereinbart, dass die Türkei ab dato eine aktive Rolle im Bürgerkrieg in Syrien übernehmen will. Grünes Licht gibt es demnach für die Errichtung einer Pufferzone tief nach Syrien hinein zwischen den kurdischen Kantonen Efrin und Kobane. Hier sollen ein großer Teil der zwei Millionen Flüchtlinge aus Syrien angesiedelt werden und von den USA und der Türkei die Kämpfer von angeblich „moderaten“ islamistischen Gruppierungen, die nicht zum IS gehören, zu einer Armee geformt werden. Weiter plant die Türkei, dass die von ihr unterstützen turkmenischen Milizen ebenfalls hier ihre Basis erhalten.

Die Türkei ist nun offen in den Krieg

ten Wochen Gebiete in Südkurdistan (Nordirak), in denen sie die Stellungen der PKK und ihr Hauptquartier vermutet. Gleichzeitig haben türkische Armee und Luftwaffe auch mehrfach Stellungen der kurdischen YPG in Syrien angegriffen. In der Türkei hat die PKK mit Anschlägen auf Militär und Polizei auf die Angriffe reagiert.

Der Präsident der kurdischen Autonomieregion im Irak und Führer der KDP Barzani forderte jetzt die Türkei auf, den Friedensprozess fortzuführen und gleichzeitig von der PKK die Einstellung jeglicher Kampfhandlungen. Er bot sich als Vermittler zwischen türkischer Regierung und PKK an. Sein Problem ist, dass die Kurdenregion im Irak am Trof der Türkei hängt. Nach der BRD ist der Nordirak der zweitgrößte Handelspartner der Türkei. Die wirtschaftliche Entwicklung der kurdischen Zone hängt am Öl- und

Kehrtwende, die inakzeptabel ist. Dafür verantwortlich ist eine Regierung, die bei den Wahlen vom Juni ihre absolute Mehrheit verlor und ihre Machtposition zurückgewinnen will. Die Regierung hat es darauf angelegt, von den gegenwärtigen Wirren zu profitieren. Natürlich legitimieren diese Umstände nicht die Anschläge der PKK. Auch sie trägt Verantwortung – doch die politische liegt bei der Regierung ... Beide Seiten müssen ihre Waffen niederlegen und an den Verhandlungstisch zurückkehren, um diese traurige Entwicklung zu beenden. Damit wir unser Ziel erreichen, gehen wir auch auf Nichtregierungsorganisationen und Medien

zu. Wir wollen alle relevanten Parteien überzeugen, dass dieser Krieg aufhört.“ (NZZ, 30.7.)

Aus der Bundesrepublik kam Kritik am Vorgehen Erdogans vor allem von Politikern der Linken und den Grünen. Anstatt den Abzug der Patriot-Raketen zu beschließen, forderte Verteidigungsministerin von der Leyen einen besseren Schutz der deutschen Soldaten an der syrischen Grenze. Die Lieferungen von Militärmaterial in den Mittleren Osten wurden nicht gestoppt. Verständnis habe man mit dem Kampf der türkischen Regierung gegen den „Terrorismus“, aber es sollen nicht alle Brücken für einen Friedensprozess

mit der PKK abgebrochen werden – so in etwa der Tenor der Regierungsparteien aus Berlin.

In vielen Städten Deutschlands haben Kurden und Türken gemeinsam gegen die Kriegspolitik Erdogans protestiert. Sie fordern zu Recht von der Bundesregierung die Aufhebung des PKK-Verbots und die Einstellung der Unterstützung des türkischen Regimes.

Am 8. August findet in Köln eine Großdemonstration statt, zu dem ein ähnlich breites kurdisches und türkisches Bündnis aufruft wie 1980 gegen den Militärputsch in der Türkei.

Rudolf Bürgel

Man hätte mit der PKK Frieden schließen können ...

Auszüge aus der Rede des Kovorsitzenden der Demokratischen Partei der Völker (HDP) Selahattin Demirtas zur Lage in der Türkei auf der Fraktionssitzung vom 28. Juli 2015. Zum ersten Mal konnte die Presse teilnehmen.

Wenn ihr euch an die Zeit erinnert, in der Präsident Erdogan den Wahlkampf geführt hat und uns dazu aufrief: „Wenn ihr unter der Wahlhürde bleibt, beschwert euch nicht, akzeptiert im Vorfeld schon das Ergebnis der Wahl. Was auch bei der Wahl herauskommt, es ist zu respektieren.“ Dem war doch so, oder? Ihr erinnert euch, nicht wahr? Seht, warum erzähl ich das jetzt? Jene, die sagten, es gibt keinen Willen, der über dem des Volkes steht, jene, die sagen, wir sind mit dem Willen des Volkes gekommen, wir gehen auch nur mit ihm, die 13 Jahre lang wie ein Gebet das Volk, das Volk, die Wahlurne, die Wahlurne sagend dies immer wieder aufwärmend uns vorge-setzt haben, haben sich heute gegen die Entscheidung des Volkes gestellt und einen Putsch, einen Junta-Staat, eine Junta-Regierung gebildet.

Wir haben 13% der Stimmen bekommen, die Forderungen des Volkes an der Wahlurne spiegeln sich im Parlament wider! Darüber hinaus gibt es nichts, womit man uns beschuldigen könnte. Die Demokratie soll sich entwickeln, Ungerechtigkeit in diesem Land soll beendet werden, Gleichheit, Freiheit soll unsere neue Struktur, unsere bleibende Struktur sein, dafür haben wir gearbeitet. Und die 80 Abgeordneten, die hierhergekommen sind, werden zusammen mit der Leitung unserer Partei ihr Wort, das sie der Türkei gegeben haben, halten, den Frieden zu erschaffen. Aber jene AKP, die seit Jahren sagt, wir machen eine Phase der Lösung, eine Phase der Einheit der Nation und der Geschwisterlichkeit, haben am 7. Juni, als sie die Macht verloren haben, gezeigt, wie unbedeutend und unwichtig

der Friede für sie ist. Ihr werdet euch an die Übereinkunft von Dolmabahçe (zwischen der PKK und der türkischen Regierung, d.Red.) erinnern. Unsere Parlamentarierdelegation, die Imralı (wo Öcalan inhaftiert ist, d.Red.) aufsuchte, die Vertreter der Regierung, der Sprecher der Gruppe der AKP im Parlament, ihre Abgeordneten haben zusammen eine gemeinsame Erklärung abgegeben.

Seht, diese Erklärung ist in der politischen Geschichte der Republik eine der bedeutendsten politischen Arbeiten überhaupt. Die Erklärung von Dolmabahçe ist kein Landesverrat, die Erklärung von Dolmabahçe ist kein Dokument der Separierung und Teilung, sondern ein Manifest, eine Roadmap der Geschwisterlichkeit, der Freiheit und Demokratie und ein Aufruf zum Niederlegen der Waffen. Mit der Unterstützung, die wir am 7. Juni vom Volk erhalten haben, haben wir gesagt, wir stehen dahinter, lasst uns das sofort umsetzen, egal mit wem die Koalition auch gebildet werden sollte.

Zweieinhalb Jahre hatten wir daran gearbeitet, es war nur noch eine Woche bis zehn Tage nötig. Warum habt ihr euch davon abgewandt? Denkt euch, da gibt es eine Organisation, die ist in den Bergen – bewaffnet –, und der Vorsitzende dieser Organisation erklärt, er ruft in einer Woche diese Organisation zur Durchführung eines Kongresses zur Debatte über die Niederlegung der Waffen auf – in einer Woche. Wir waren über die Erklärung dazu sehr erfreut. Herr Präsident, warum sind sie bei dem Gedanken, die PKK könnte die Waffen niederlegen in Panik verfallen? Etwa weil die ihm vorgelegten Umfragen zeigten, dass es ihm nicht das Präsidialsystem einbringt? Wenn ich nicht Präsident werden kann, warum sollte es dann sein, wozu dann eine Phase zur Lösung des Problems, wozu dann Versöhnung? Die PKK hat vor 20 Jahren die Stra-

tegie der Separation aufgegeben. Im Land besteht kein Risiko und keine Angst vor Separation. Man hätte mit der PKK Frieden schließen können. Im Februar hätte man das erreichen können. Im März wäre das dann im Praktischen umgesetzt worden. Was wäre geworden, meine werten Brüder und Schwestern? Eine Türkei, die den Frieden mit der PKK geschlossen hat, eine Türkei, die von der Bedrohung durch die bewaffneten Kräfte der PKK befreit ist –, denkt nur, wie viel Luft hätten wir ihr plötzlich im Innern und im Äußeren verschaffen können? Im ganzen Mittleren Osten wäre sie die Vorreiterin des Friedens geworden.

Würde dann gegen den Islamischen Staat IS der Kampf geführt? Eine Türkei, die mit der PKK Frieden geschlossen hat, kann zusammen mit der PKK auch gegen den IS kämpfen. Das ist politisch möglich, ethisch richtig, gesellschaftlich gesehen eine legitime Angelegenheit. Es wäre machbar. Aber das haben sie nicht gewollt. Weil sie sagen, wir benötigen aus politischen Gründen 400 Abgeordnete.

Unsere Parlamentariergruppe ist stellvertretend für alle Menschen in der Türkei, die ein Gewissen haben. Bei uns sind Kurden, Türken, Türkmene. Es gibt Azeris, Assyrer, Eziden. Es gibt Sunniten und Aleviten. Es gibt Christen und Armenier, Frauen, junge Freunde. Es gibt Freunde, die sind Arbeiter oder Bauern, andere sind Akademiker. Kurz, woraus die Gesellschaft auch immer besteht, wir sind ein Prototyp von ihr. Seht, das ist die Türkei. Wir erlauben nicht das Töten von denen in den Bergen, nicht des Soldaten oder der Polizisten. Wir werden nichts davon als „normal“ hinnehmen.

Ich danke euch allen. Ich wünsche allen Freundinnen und Freunden auf diesem schweren Marsch viel Erfolg.

Die Rede ist auf Türkisch bei <https://www.youtube.com/watch?v=OQIM-bvgXiQ> zu sehen.
Quelle: Civka-azad.org

Willkommenskultur? Nicht für alle und nicht überall

Gegenwärtig wird vor allem gegenüber Flüchtlingen aus den Westbalkanländern, in großer Zahl Roma, eine Abschreckungspolitik gefordert und betrieben. Die Zahl rechter Brandanschläge gegen Flüchtlinge nimmt zu. Das alles geschieht auf örtlicher oder Landesebene. Wir haben daher im Folgenden eine kleine Zusammenstellung von Meldungen zum Thema gemacht. Außerdem dokumentieren wir aus der Rede von Romani Rose, der eindringlich an die europäischen Staaten appelliert, der verbreiteten Diskriminierung von Roma und Sinti ein Ende zu setzen.

Der Wettlauf der Schädigkeiten geht weiter!

KIEL. Kieler Flüchtlingsrat fordert von der Landesregierung und Politik in Schleswig-Holstein, sich einer ethnischen und sozialen Selektion im Asyl zu verweigern. Der Chef des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Manfred Schmidt, fordert unverblümt zum Verfassungsbruch auf. Schmidt tritt dafür ein, Asylsuchenden aus den sicheren Herkunftsländern – zuletzt hat der Bundestag in Kollaboration mit dem Bundesrat Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina zu solchen erklärt – das Taschengeld aus dem Asylbewerberleistungsgesetz vorzuenthalten. Dass das Bundesverfassungsgericht erst im Sommer 2012 die Unteilbarkeit der Menschenwürde

auch mit Blick auf die Umsetzung des Asylbewerberleistungsgesetzes eingefordert hatte, ficht Schmidt und Seinesgleichen offenbar nicht an. Horst Seehofer, Ministerpräsident in Bayern, sekundiert solcherlei menschenfeindliche Denkschulen schon länger mit Forderungen nach Essenszwangspaketen und regelmäßigen Arbeitsverboten für Balkanflüchtlinge. Diese und aktuelle – nach Verlauten mit dem Bundesinnenministerium (BMI) abgestimmte – Forderungen Seehofers, Balkan-Flüchtlinge regelmäßig in abgeschotteten Lagern zu internieren, „ist zynisch und grenzt an Volksverhetzung“, kommentiert der Bayerische Flüchtlingsrat. Doch haben BMI/BAMF und CSU mit ihrer Kampagne die Bundesregierung offenbar vollends sturmreif geschossen. Jetzt erklärte die Bundesflüchtlingsbeauftragte im Bundeskanzleramt, Staatsministerin Aydan Özoguz (SPD), Verständnis für die Haltung Bayerns. „Das Vorhaben, Asylsuchende bereits nach Herkunftsländern sortiert auf die Erstaufnahmestellen zu verteilen, sei durchaus eine Idee“, zitiert das rbb-Inforadio die Staatsministerin.

Dass sich in den Plänen aus Bund und Ländern nur wenig erfolgreich zünftige antiziganistische Grundhaltungen verbergen, wird bei genauerer Betrachtung der tatsächlichen Zahlen des BAMF offenbar. Der Sammel-

begriff Flüchtlinge vom Balkan kaschiert, dass es sich mehrheitlich um Roma handelt. Dies zeigen die Zahlen des Bundesamtes für Migration: Im März dieses Jahres beantragten 690 Menschen aus Bosnien-Herzegowina in Deutschland Asyl, 407 von ihnen waren Roma. Von Serben kamen 2.833 Anträge, darunter 2.525 Roma. Von den 1.186 Mazedoniern, die im März Asyl beantragten, waren 644 Roma.

Roma sind in ihren vermeintlich sicheren Herkunftsländern faktisch vom Besuch öffentlicher Schulen ausgeschlossen. Ihr Anteil an den zwei Dritteln arbeitsloser Jugendlichen z.B. in Serbien liegt bei 95%, eine Krankenversicherung, mithin eine Gesundheitsversorgung, für Roma existiert faktisch nicht, ihre weder mit Strom noch Wasser versorgten „Siedlungen“ werden eins ums andere Mal mit Bulldozern platt gemacht, ohne dass alternativer Wohnraum bereit gestellt wird. Willkürliche ordnungsbehördliche Gewalt gegen Roma gehört in all diesen „Unsicherheitsländern“ zum verbreiteten Standard staatlicher Minderheitenpolitik. Selbst von Not- und humanitären Hilfsaktionen im Katastrophenfall – zuletzt bei den schweren Überschwemmungen im Westbalkan – werden Roma ausgeschlossen. Vor diesem Hintergrund erscheinen mit Waffen getragene Gewalttätigkeiten – wie jüngst in Mazedonien – als

Ansprache von Romani Rose, Zentralrat Deutscher Sinti und Roma, am 2. August 2015 in Auschwitz-Birkenau

Es ist für unsere Minderheit und für die demokratische Entwicklung in Europa von großer Bedeutung, dass das Europäische Parlament am 15. April dieses Jahres mit großer Mehrheit eine Entschliebung angenommen hat, die den Völkermord an 500 000 Sinti und Roma – verübt durch die Nationalsozialisten und ihre Verbündeten – offiziell anerkennt und den 2. August als Europäischen Holocaust-Gedenktag für unsere Minderheit ausdrücklich benennt.

Diese Entschliebung auf europäischer Ebene ist angesichts der allgegenwärtigen Diskriminierung von Sinti und Roma in vielen Staaten Europas ein wichtiges politisches Signal. Es bleibt zu hoffen, dass diese Anerkennung nun auch durch die nationalen Parlamente erfolgt.

Geschichtsvergessenheit und Holocaust-Leugnung stellen heute ernsthafte Gefahren für die Demokratie dar. In der Bundesrepublik, wo heute wieder Flüchtlingsheime in Flammen stehen, beobachten wir einen deutlichen Anstieg rechter Gewalttaten.

Doch auch bürgerliche Parteien

verbreiten populistische Parolen, um auf Stimmenfang zu gehen. Dass die öffentliche Debatte um sogenannte Armutsmigration in der Bundesrepublik allein auf dem Rücken unserer Minderheit ausgetragen wird und man die Frage nach den gesellschaftlichen Ursachen dabei völlig ausblendet, ist ebenso verlogen wie vor dem Hintergrund der Geschichte zynisch.

In Ungarn, Bulgarien oder in der Slowakei marschieren regelmäßig gewaltbereite Organisationen der extremen Rechten in Roma-Siedlungen auf. Sie verbreiten Hetzparolen und setzen das Gewaltmonopol des Staates faktisch außer Kraft. Minderheitenrechte existieren in vielen Staaten nur auf dem Papier. Der Alltag vieler Sinti und Roma ist geprägt von Chancenlosigkeit, Ausgrenzung und Gewalt.

Die Minderheit sieht sich heute erneut mit rassistischen Ideologien konfrontiert und fühlt sich in vielen Staaten von der Politik im Stich gelassen. Vollerorts entstehen in Europa regelrechte Roma-Gettos ohne jede Infrastruktur, in denen die Kindersterblichkeit oft dramatisch ist. Besonders unerträglich

ist es, wenn Armut und Perspektivlosigkeit von den politisch Verantwortlichen zu einem angeblichen „kulturellen Merkmal“ der Minderheit erklärt werden.

Angesichts dieser skandalösen Lebensbedingungen brauchen wir eine koordinierte Minderheitenpolitik auf europäischer Ebene, die die einzelnen Staaten in die Pflicht nimmt.

Grundvoraussetzung ist die Überwindung des virulenten Antiziganismus, der alle gesellschaftlichen Bereiche durchdringt. Viele hochrangige Politiker aus Europa mahnen zu Recht immer wieder die Gefahren des Antisemitismus an. Wir Sinti und Roma vermissen jedoch eine ebenso entschiedene Haltung der Politik mit Blick auf den gewaltbereiten und oft auch tödlichen Rassismus gegen Sinti und Roma, denn historische Verantwortung ist unteilbar.

Rassismus und Populismus bedrohen nicht nur die Rechte von Minderheiten, sondern sie zielen auf das Herz der Demokratie. Deren Errungenschaften zu verteidigen, ist unsere gemeinsame Aufgabe in Europa.

konsequente Eskalation der bisherigen Diskriminierungsstrategie gegen Roma.

Nadia Pantel erinnert in der SZ vom 21. Juli: „Auch wenn Roma formal die serbische, bosnische oder mazedonische Staatsbürgerschaft haben, werden sie im Alltag oft wie Staatenlose behandelt. In den 700 Jahren, die die Sinti und Roma in Europa leben, wurden sie immer wieder Opfer von Ausgrenzung und Verfolgung. Die deutschen Nationalsozialisten erklärten Sinti und Roma 1935 zu ‚Volks- und Reichsfeinden‘. 24 000 Sinti und Roma wurden allein in Deutschland registriert und deportiert. Mehr als eine halbe Million Sinti und Roma wurden insgesamt in den Arbeits- und Vernichtungslagern der Nazis umgebracht.“

„Die systematische Diskriminierung von Roma und anderen ethnischen Minderheiten führt regelmäßig zu Überlebensnöten, die allen Unkenrufen zum Trotz sehr wohl asylwürdig sind“, erklärt Martin Link, Geschäftsführer vom Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein, und fordert das sofortige Ende politischer Hetzkampagnen gegen Flüchtlinge aus dem Balkan. „Eine Politik, die dem sozialen Aushungern und der Konzentration von Balkanflüchtlingen in Spezialausreiselagern das Wort redet, hat ihre furchtbaren Parallelen in einer deutschen Geschichte, die wir doch als überwunden glaubten“, mahnt Link.

Der Flüchtlingsrat erwartet indes, dass die Landesregierung Schleswig-Holstein und die im Landtag vertretenen Parteien sich von einer von ethnischer und sozialer Selektion gekennzeichneten Asylpolitik distanzieren und ihren Vollzug verweigern werden. „Gleichzeitig hoffen wir, dass die Kieler Landesregierung sich nicht vor den Karren derjenigen spannen lässt, die derzeit die Erklärung der Staaten Kosovo, Albanien und Montenegro zu angeblich ‚sicheren Herkunftsstaaten‘ einfordern“, erklärt Martin Link.

<http://www.frsh.de/>

Zeltähnliche Unterbringung keine Dauerlösung:

ESSEN. Die Verwaltung plant derzeit Flüchtlingsdörfer für 800 Menschen in mobilen Bauten. Nach Ansicht der Ratsfraktion Die Linke rächen sich jetzt die Versäumnisse der letzten Jahre, in denen nicht ausreichend Vorsorge für die Unterbringung von Flüchtlingen geleistet worden ist. „Es bedrückt mich, dass in Essen jetzt eine zeltähnliche Massenunterbringung für Flüchtlinge sogar über den Winter droht“, so die Fraktionsvorsitzende Gabriele Giesecke. „Wir teilen die Kritik von Flüchtlingsorganisationen, dass diese Art der Unterbringung unwürdig ist. Wir erwarten, dass die Stadtverwal-

tung ihr Versprechen zur Schaffung von weiteren Übergangswohnheimen mit Nachdruck umsetzt. Sollten die Flüchtlingsdörfer unvermeidbar sein, gilt es jetzt auch hier menschenwürdige Standards sicherzustellen.“ Die Ratsfraktion Die Linke erwartet belastbare Aussagen, ob die sog. mobilen Bauten auch tatsächlich winterfest sind. Darüber hinaus muss sichergestellt werden, dass auch in diesen zeltähnlichen Unterkünften Standards eingehalten werden, die die Privatsphäre und die Beschulung der Kinder gewährleisten, die Interessen besonders schutzwürdiger Personen berücksichtigen und die Sozialbetreuung sicherstellen. Dazu gehört die Einhaltung des alten Ratsbeschlusses, dass jeder Flüchtling 8 qm Raum zur Verfügung haben muss. Es verbietet sich deshalb auf nur 250 qm bis zu 70 Menschen unterzubringen. Die Linke fordert deshalb die aktuell geplanten 800 Plätze auf alle drei Standorte zu verteilen. Mit European Homecare (EHC) erhält erneut ein privater Anbieter mit fast monopolartiger Stellung den Auftrag. Die Ratsfraktion Die Linke zweifelt daran, ob EHC die bestmögliche Versorgung sicherstellen kann, da EHC schließlich gewinnorientiert arbeitet. Die linke Fraktion wird in den nächsten Tagen Gespräche mit Wohlfahrtsverbänden und ehrenamtlichen Helfern der Runden Tische führen. Nur durch eine öffentliche Diskussion kann genug Druck aufgebaut werden, um die Flüchtlingsunterbringung auch unter den schlechten Bedingungen einer Massenunterkunft möglichst human zu gestalten.

<http://www.linksfraktion-essen.de>

Keine Zelte am Fühlinger See – NRW-Mindeststandards einhalten!

KÖLN. In der Diskussion über die geplante Notunterkunft des Landes für Flüchtlinge am Fühlinger See fordert der Fraktionsvorsitzende der Linken Jörg Detjen aktuell vier Punkte:

1. Die Sozialdezernentin Reker soll mit dem Land schnellst möglich über einen geeigneten Standort sprechen. Jörg Detjen erläutert das: „Der Parkplatz am Fühlinger See ist deshalb ungeeignet, weil er ein isolierter Standort ist. Es gibt weder eine ausreichende Verkehrsanbindung mit Bus und Bahn noch eine Infrastruktur mit Einkaufsmöglichkeiten, Kitas oder Schulen. Eine vergleichbar isolierte Erstaufnahme gibt es in ganz NRW nicht.“

2. Das Land darf keine Zelte errichten. Diese vom Land ins Spiel gebrachte Möglichkeit empört Jörg Detjen: „Das wäre ein schlimmer Rückfall in alte Zeiten. In wenigen Wochen steht die kalte Jahreszeit wieder vor der Tür.“

3. Das Land NRW muss sich bei der Notaufnahmeeinrichtung an die sozialen NRW-Standards für Erstauf-

nahmeeinrichtung halten. Dazu gehört für Jörg Detjen insbesondere „deutlich weniger als 1000 Menschen dort unterzubringen. Wir brauchen kleinere Wohneinheiten mit Küche und Sanitärbereich im Modulsystem, Gruppenräume für die Betreuung von Kindern und Jugendlichen und die Einsetzung eines Beschwerdemanagements mit einer Ombudsperson.“

4. Die Verwaltung der Notaufnahmeeinrichtung muss die Bevölkerung, insbesondere Multiplikatoren, soziale Dienste, Kirchengemeinden und Willkommensinitiativen im Stadtbezirk miteinbeziehen. Jörg Detjen ist überzeugt: „Das Land darf nicht betriebsblind agieren, sondern muss die Ressourcen vor Ort einsetzen. Die vielen Freiwilligen, die sich in der Flüchtlingshilfe engagieren, sollen auf offene Türen stoßen.“

<http://www.linksfraktion-koeln.de>

Brandanschlag in Remchingen: Aktives Vorgehen gegen die geistigen und realen Brandstifter ist nötig!

KARLSRUHE. In der Nacht zum 18. Juli gab es in Remchingen bei Karlsruhe einen Brandanschlag auf ein zukünftiges Asylbewerber*innenheim. In den letzten Wochen gab es vermehrt Brandanschläge im bayerischen Reichertshofen, in Meißen, rheinland-pfälzischen Limburgerhof, Tröglitz in Sachsen-Anhalt, in Eschburg bei Hamburg, im bayerischen Forst, in Waldaschaff im Landkreis Aschaffenburg, in Mengerskirchen wurde ein Asylbewerber*innenheim mit Schweineköpfen und Innereien beschmiert und wegen der Schüsse in Böhlen ermittelt die Polizei in Richtung „Sachbeschädigung“. Relativierende Sätze wie „Wir sehen einer gefährlichen Entwicklung entgegen“, sind angesichts dieser unvollständigen Liste der Ereignisse der letzten Wochen längst überholt. Der Karlsruher Landtagskandidat der Linken Michel Brandt stellt dazu fest: „Von einer Entwicklung kann keine Rede sein – rechtsextreme Anschläge sind längst Alltag in ganz Deutschland. In Karlsruhe haben Organisator*innen des Protests gegen Widerstand Ost/West (ehem. Kargida) seit Monaten, auf die gefährliche Tatsache eines steigenden Selbstbewusstseins der rechten Szene durch regelmäßige Aufmärsche hingewiesen. Die verantwortlichen Politiker*innen und große Teile der Medienvertreter*innen haben diese Hinweise ignoriert. Ebenfalls ignoriert wird die Tatsache, dass die rechtspopulistische Unterstützung aus Teilen der Gesellschaft – befeuert durch die geistigen Brandstifter*innen der AfD aber auch der CDU – maßgeblich zu einer strukturellen Stärkung der rechten Szene in Baden-Württemberg beiträgt.“

<http://www.dielinke-ka.de>

Sozialkonflikt in Finnland

In Finnland bahnt sich ein Konflikt zwischen Regierung und Gewerkschaften an. Das Land galt lange als „nordisches Vorzeigemodell“. Damit ist es seit einiger Zeit vorbei. Das BIP ist 2012 und 2013 gesunken und auch 2014 kaum gestiegen, die Arbeitslosigkeit liegt bei 10%. Ein wichtiger Grund für die Krise des kleinen Fünf-Millionen-Einwohner-Landes: die beiden Hauptindustrien, Handys und Papier, sind weggebrochen. Im nordfinnischen Olulu, einst Nokia-Hochburg und Standort der Zellstoffindustrie, liegt die Arbeitslosenquote bei 17 Prozent. Nun schlägt die vom Millionär Juha Sipilä geführte Mitte-Rechts-Regierung Alarm. „Unsere Wettbewerbsfähigkeit ist zehn bis 15 Prozent schlechter als die unserer Wettbewerber“, so ein Bericht der Regierung. Vier Milliarden Euro sollen in den nächsten Jahren eingespart werden durch Kürzung der Sozialleistungen und Erhöhung der Steuern, allerdings nicht für die Unternehmen. Der Druck auf Arbeitslose, eine freie Stelle anzunehmen, wird erhöht. Die Lohnstückkosten sollen bis 2019 um 5 Prozent sinken. Dafür will der Staat die Tarifparteien entmachten, die bislang über Löhne, Arbeitsbedingungen und Sozialleistungen autonom verhandeln durften. Künftig will die Regierung dies koordinieren. Zusätzlich will Sipilä die landesweite Konkurrenz um die besten Bedingungen für Unternehmen anheizen, indem den Regionen erlaubt wird, mit Sonderkonditionen bei Bezahlung, Arbeitszeiten, Kündigungsschutz für sich zu werben. Bis 21. August haben die Gewerkschaften Zeit, die Forderungen der Regierung anzunehmen. Lehnen sie ab, so droht die Regierung mit zusätzlichen Einsparungen über 1,5 Milliarden Euro. „Die goldenen Jahre sind vorbei“, zitiert die Berliner Zeitung Finanzminister Stubb.

Quelle: Berliner Zeitung, 27.7.15

Schweiz: 15 000 Bauarbeiter auf der Straße

Am 27. Juni fand eine Großdemonstration der Bauarbeiter der Schweiz statt, mit der die Bauunternehmer gezwungen werden sollten, endlich über einen neuen Landesmanteltarif und die Rente mit 60 zu verhandeln. Aufgerufen dazu hatten die beiden Gewerkschaften Unia und Syna. Bei Unia heißt es in einem Bericht dazu am 27. Juni 2015: „An der Schlusskundgebung auf dem Helvetiaplatz in Zürich warnte Unia-Bauchef Nico Lutz vor einem Angriff der Baumeister auf das Rentenalter mit 60. Weil in den nächsten Jahren geburtenstarke Jahrgänge in Pension gehen, stellen die Baumeister die Rente mit 60 in Frage.

Für die Bauarbeiter und ihre Gewerkschaft kommt dies nicht in Frage. „Wer die Rente mit 60 angreift, greift die Würde der Bauarbeiter an“, so Lutz.“

Quelle: <http://www.unia.ch>, 10.7.2015

Gute Idee: „Fair Hotels Kroatien“

Fair Hotels Kroatien, eine neue Initiative des IUL-Mitgliedsverbandes Union of Tourism and Catering of Croatia (STUH, deutsch: Kroatische Gewerkschaft für Tourismus und Verpflegung), stellt eine Liste von Hotels online zur Verfügung, in denen Tarifverträge ausgehandelt wurden und die Rechte der Beschäftigten respektiert werden. Die Gewerkschaft ist bestrebt, einen hochwertigen Tourismus zu fördern, in dem Beschäftigtenrechte respektiert werden.

Quelle: <http://www.iuf.org>, 20.7.2015

Türkei: Streikwelle

Mit wilden Streiks im Metall- und Automobilsektor kam die Türkei Mitte Mai in die Schlagzeilen der Wirtschaftsteile auch europäischer Zeitungen. Einige Artikel berichteten gar von erheblichen Auswirkungen auf die Produktion, denn die Streiks dauerten teilweise Wochen und auch die großen Produktionslinien kamen zeitweilig zum Stehen. Mögliche Folgen für die Reputation des Standortes Türkei wurden diskutiert. Derartige Bewertungen verdeutlichen einmal mehr, dass in der Türkei Streiks, die ernste Auswirkungen auf die Produktion haben, eher selten sind. Schwache Gewerkschaften und disziplinierte ArbeiterInnen scheinen einen wichtigen Teil der im Übrigen stark informalisierten Lohnarbeitsverhältnisse auszumachen. Auch während der Gezi-Revolution war kein Funke auf die Betriebe übersprungen – wo Lohnarbeitende Teil der Bewegung waren, da waren sie es nach Feierabend. Nur wenige linke Gewerkschaften riefen zu einem Streiktag auf, und dies auch erst spät. Umso mehr überraschten die Streiks, die im Mai mit einem hohen Maß an Spontaneität und an Orten ausbrachen, die, wie Bursa, zwar industrielle Zentren, nicht aber Orte primär linker gewerkschaftlicher Mobilisierung sind. Dennoch waren auch diese Streiks nicht die einzigen, die sich allein im laufenden Jahr in der Türkei ereignet haben. Bereits im Februar hatte es Arbeitsniederlegungen in der Metallindustrie gegeben, die schließlich verboten worden waren. Denn sie hätten in Sektoren stattgefunden, die für die nationale Sicherheit von Bedeutung seien – so die offizielle Begründung. Bei allem betrieblichen Unfrieden im Vorfeld der Parlamentswahlen, der einmal mehr die Selbstdarstellung von Erdogans AKP als Vertreterin des Volkes

karikierte, bleibt ungewiss, inwieweit die Streiks für den Ausgang der Wahl relevant gewesen sind.

Quelle: *express*, 17.7.2015

Algerien: Streik bei Straßenbahnen

In Algerien legt ein Streik von Straßenbahnbeschäftigten bereits seit sechs Tagen weite Teile des öffentlichen Verkehrs lahm (Stand 10. Juli). Der Ausstand wurde von der Hauptstadt auf Oran und Constantine ausgeweitet, wesentliche Dienste werden aufrechterhalten. Die Beschäftigten legten dem Verkehrsministerium am 7. Juli 2015 ihre Forderungen vor. Sie verlangen u. a. eine jährliche individuelle Leistungsprämie und einen Kollektivvertrag. Nach Informationen der der ITF angeschlossenen Fédération Nationale des Travailleurs des Transports (FNNT/UGTA), die die Beschäftigten bei den Straßenbahnen organisiert, ist die Situation schwierig, insbesondere weil das französische Management (RATP) des algerischen Straßenbahnunternehmens (Cetram) angesichts der während des Streiks erlittenen Verluste keinen Dialog mit den Angestellten führte. Die Cetram habe mehrere führende Gewerkschaftsmitglieder entlassen. Statt auf die Forderung von 250 Beschäftigten nach einer eigenen, unabhängigen gewerkschaftlichen Interessenvertretung einzugehen, habe das Unternehmen versucht, eine „gelbe“ (unternehmensfreundliche) Gewerkschaft als Ansprechpartner zu finden.

Die Beschäftigten verlangen die Entlassung des Cetram-Managements sowie des französischen Geschäftsführers des Cetram-Hauptsitzes in Algerien. Die TFU hat ihre Beschwerden auch ihrer Dachorganisation Fédération Nationale des Travailleurs des Transports (FNNT/UGTA) vorgelegt. Dazu Bilal Malkawi, Regionalsekretär für die arabische Welt: „Die Behandlung der Beschäftigten durch die Cetram und ihren französischen Partner RATP verstößt gegen Gewerkschaftsrechte.“ „Es handelt sich um ein multinationales Unternehmen, das in Algerien Niederlassungen betreibt, ohne die Rechte der Arbeitnehmer/innen zu respektieren. Die Beschäftigten haben das Recht, einen eigenen Kollektivvertrag auszuhandeln. Die Zeiten, in denen Unternehmen in einem Land wie Algerien ein solches Verhalten an den Tag legen konnten, sind lange vorbei. Die Beschäftigten werden sich definitiv durchsetzen, und das Unternehmen sollte sich umgehend zu Kollektivverhandlungen bereit erklären und alle entlassenen Angestellten wieder einstellen.“

Louisa Hanoune, die Vorsitzende der algerischen Arbeiterpartei, verurteilte die Entlassung der Gewerkschaftsfunktionäre aufs Schärfste und warf

dem Geschäftsführer des Unternehmens eine gewerkschaftsfeindliche Gesinnung vor.

Quelle: <http://www.itfglobal.org>, 10.7.2015

Jordanien: Streikende Arbeiter festgenommen

Seit Anfang Juli streikte die Belegschaft des Unternehmens „MAS Active – Al Safi/ Madaba“ für eine Lohnerhöhung, mehr Sicherheit am Arbeitsplatz und eine bessere Behandlung durch die Unternehmensleitung. Die Antwort: Festnahme von drei Organisatoren des Streiks, von denen inzwischen zwei wieder frei gelassen wurde, der dritte ist noch im Gefängnis. In der Erklärung „Jordan Labor Watch demands opening of an independent judicial investigation“ vom 14. Juli 2015 fordert Labor Watch Jordanien eine unabhängige gerichtliche Untersuchung dieses Vorgehens, das unter anderem dem § 128 der Verfassung Jordaniens widerspreche, in dem Vereinigungsfreiheit festgelegt sei.

Quelle: <http://www.labor-watch.net/en/read-news/927>, 17.7.2015

Kirgisistan: Änderungen Arbeitsgesetzgebung

Am 18. Juni 2015 hat das kirgisische Wirtschaftsministerium auf der offiziellen Website der Regierung einen Gesetzentwurf zu Änderungen und Ergänzungen des Arbeitsgesetzes der Kirgisischen Republik veröffentlicht und öffentlich zur Diskussion gestellt. Dieser Entwurf sieht einen neuen Gesetzesrahmen für Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft vor.

Die vorgeschlagenen Änderungen der Arbeitsgesetzgebung des Landes würde die große Mehrheit der kirgisischen Arbeitnehmer betreffen. Die Arbeitgeber erhielten somit die Möglichkeit, befristete Kurzzeit-Einzelarbeitsverträge abzuschließen, in denen die vom derzeitigen Arbeitsgesetz vorgesehenen Einschränkungen nicht keine Berücksichtigung fänden. Die Unternehmen wären damit gesetzlich von der Verpflichtung befreit, Überstunden sowie Zuschläge für Nachschichten bzw. für Arbeit an Wochenenden und Feiertagen zu entgelten. Die Arbeitgeber könnten die Arbeitnehmer auf Gutdünken und aus beliebigen, nicht von der Arbeitsgesetzgebung vorgesehenen Gründen, entlassen. Eine bloße Aufnahme der entsprechenden Gründe in den Arbeitsvertrag wäre für eine Entlassung des Arbeitnehmers ausreichend. Die vorgeschlagenen Änderungen widersprechen der ILO-Übereinkunft 158 sowie der ILO-Empfehlung 166.

Von März bis Mai dieses Jahres hat eine aus Vertretern von Unternehmen, staatlichen Stellen und Gewerkschaf-

ten bestehende, dreigliedrige Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz des kirgisischen Wirtschaftsministeriums über die Änderungen des Arbeitsgesetzes diskutiert. Im Rahmen dieser Erörterungen wurde lediglich eine Einigung hinsichtlich der Änderungen im Bereich Schulungen und Weiterbildungen erzielt. Allerdings wurde nur der vonseiten der Unternehmerschaft unterstützte Entwurf zur öffentlichen Diskussion gestellt.

Quelle: <http://www.bwint.org>, 14.7.2015

Iran: Freiheit für Esmail Abdi!

Esmail Abdi, Vorsitzender des Iranischen Gewerkschaftsbundes der Lehrer/innen, wurde am 27. Juni verhaftet, nachdem er versucht hatte, ein Visum für den 7. Internationalen Bildungskongress in Ottawa (Kanada) Ende Juli zu bekommen. Nachdem sein Reisepass an der Grenze konfisziert wurde, wurde er aufgefordert, nach Teheran zurück zu kehren und sich dort mit der Staatsanwaltschaft zu treffen. Als er jedoch bei der Staatsanwaltschaft Bericht erstattet, wurde Esmail Abdi verhaftet. Draußen versammelten sich zur gleichen Zeit bereits mehr als 70 Lehrer, um ihn zu unterstützen. Abdis Verhaftung kommt nach landesweiten Kundgebungen Anfang des Jahres, auf denen gegen Gehälter protestiert wurde, die für die Mehrheit der Lehrer/innen unter der Armutsgrenze liegen. Der globale Gewerkschaftsverband Education International ist sehr besorgt über diese Repressionen, denen Vertreter/innen des Iranischen Gewerkschaftsbundes der Lehrer/innen ausgesetzt sind.

Quelle: Labourstart.org – in Kooperation mit Education International, 10.7.2015

Malaysia: Fluggesellschaft entlässt Tausende

Nach zwei Flugzeugkatastrophen, bei denen mehrere hundert Menschen ums Leben kamen, will die halbstaatliche Fluggesellschaft Malaysia Airlines 6000 ihrer 20000 Beschäftigten entlassen. Alle haben Kündigungsschreiben bekommen, 14000 ist die Weiterbeschäftigung in Aussicht gestellt worden. Die Fluggesellschaft sei im Prinzip pleite, erklärte der neue Vorstandschef auf einer Pressekonferenz. Er kündigte einen „Neustart“ zum 1. September 2015 an. Mit der Entlassungswelle sollen offenbar vor allem die Beschäftigten die Last der Umstrukturierung tragen.

Quelle: Verdi public, 7-2015

T-Mobile USA: Petition an Bundestag

Im Unternehmen T-Mobile US werden nach Berichten von Beschäftigten internationale Arbeitsstandards unter-

laufen. Arbeitnehmern wird häufig ihr Recht auf Vereinigungsfreiheit verwehrt, gewerkschaftlich engagierte Beschäftigte werden oft drangsaliert und diskriminiert. Beschäftigten, die sich bei T-Mobile US für Arbeitnehmerrechte einsetzen, droht Mobbing oder gar Kündigung. Ständige Schikanen und Demütigungen sind an der Tagesordnung. Eine jetzt gestartete Petition hat zum Ziel, diesen Zustand zu beenden. Sie fordert die Bundesregierung dazu auf, aktiv dafür zu sorgen, dass Arbeitnehmerrechte und internationale Arbeitsstandards (ILO / OECD) auch bei T-Mobile US eingehalten werden.

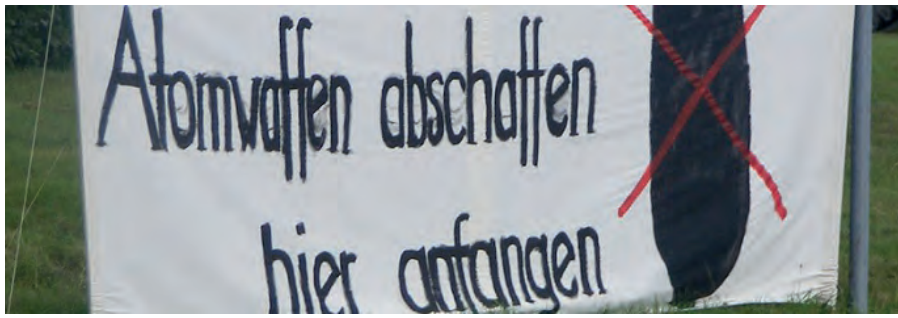
Die Petition ist Teil einer internationalen Kampagne für Arbeitnehmerrechte bei T-Mobile US. Diese wird organisiert und getragen von Verdi, der amerikanischen Kommunikationsgewerkschaft CWA, dem DGB, dem Internationalen Gewerkschaftsbund, dem US-amerikanischen Gewerkschaftsdachverband AFL-CIO, sowie von der internationalen Dachorganisation der Dienstleistungsgewerkschaften UNI Global Union. Auf den Weg gebracht wurde die Petition vom Verdi-Vorsitzenden Frank Bsirske und dem Leiter des Verdi-Fachbereichs TK/IT Lothar Schröder. Zu den Erstunterstützern gehören die IG Metall, die Bildungseinrichtung Arbeit und Leben NRW und Akteure aus der Politik. Die Petition finden sie unter www.WirErwartenBesseres.de/petition.

Quelle: <http://www.weexpectbetter.org>, www.wirerwartenbesseres.de, 21.7.2015

Chile: U-Bahn-Streik in Santiago

Am 22. Juni 2015 traten die beim Baukonsortium Constructora Consorcio Linea 3 (CCL3) beschäftigten Arbeitnehmer in einen Streik. Das Konsortium besteht aus den spanischen Unternehmen Isolux Corsán, Copasa und der mexikanischen Gesellschaft ICA und ist derzeit mit dem Bau von Santiagos U-Bahn-Linie 3 beauftragt. Gemäß den öffentlichen Stellungnahmen am vergangenen Wochenende seitens Sintec, der betriebsübergreifenden nationalen Gewerkschaft für Arbeitnehmer aus der Baubranche sowie anderen Industriezweigen, sowie der Angestelltengewerkschaft Sintrasar verschlechtern sich derzeit die ohnehin schon gefährlichen Arbeitsbedingungen zusehends. Sintec ist eine Mitgliedsgewerkschaft der chilenischen BHI-Mitgliedsorganisation Fetracoma. Gemeinsam mit Sintrasar fordert die Gewerkschaft eine Vereinbarung, die bessere Arbeitsbedingungen, Löhne und angemessene Arbeitszeiten garantiert.

Quelle: <http://www.bwint.org>, 13.7.2015



Atomwaffen bedrohen seit 70 Jahren unsere Zivilisation

BERLIN. 70 Jahre nach den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki lagern noch immer über 16 000 Atomsprengköpfe auf unserem Planeten mit einer Zerstörungsgewalt, die 900 000 Mal so groß ist wie die der Hiroshima-Bombe. Statt dieses Teufelszeug endlich zu beseitigen, wird bei allen offiziellen Atomwaffenstaaten und bei den „Nachzüglern“ Israel, Indien, Pakistan und Nordkorea modernisiert; neue bessere, genauere Sprengköpfe, neue Trägersysteme, Flugzeuge, U-Boote. Die Proliferationsgefahr steigt. Weitere Regionalmächte können bald „die Bombe“ anstreben und ein neues nukleares Wettrüsten anheizen. Entgegen vergangener Ankündigungen aus der Bundesregierung sollen auch die in Deutschland verbliebenen US-Atomwaffen in Büchel/Eifel nicht abgezogen, sondern ab 2017 durch modernere ersetzt werden – die Nato-Atomwaffenstrategie will es so. Der Krieg in der Ukraine und die wieder aufgelebten Spannungen zwischen Russland und der Nato machen deutlich, dass die Gefahr eines Atomkrieges nicht gebannt und unsere Zivilisation immer noch bedroht ist. Bei den zahlreichen Aktionen zum Hiroshima-/Nagasaki-tag fordern wir daher umgehenden Abzug der Atomwaffen aus Büchel. Dies wäre ein erster Schritt hin zu einem atomwaffenfreien Europa und schließlich einer atomwaffenfreien Welt. Wir fordern ein weltweiten Stopp von Modernisierungsplänen und das Abrüsten der Atomwaffenarsenale. Atomwaffen gehören geächtet und abgeschafft.

www.friedenskooperative.de/hiroshima/

Auf Achse für Frieden, Abrüstung und ein ziviles Europa!

STUTTGART. Unter diesem Motto veranstaltet die DFG-VK alljährlich eine Friedens-Fahrradtour zu Standorten von Militär und Rüstungsindustrie. Die Tour startet am 1.8. in Amberg mit über 30 FahrradfahrerInnen, besucht den Truppenübungsplatz Grafenwöhr, und führt dann über Nürnberg, Würzburg, Darmstadt, Mainz und Koblenz nach Büchel zum Atomwaffenstandort. Am 70. Jahrestag der Abwürfe der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki fordern die TeilnehmerInnen

der Tour den Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland. Am Truppenübungsplatz Grafenwöhr will die DFG-VK gegen den Krieg mit Kampfdrohnen protestieren, der als völkerrechts- und menschenrechtswidrig betrachtet wird. Darüber hinaus wendet sie sich gegen den US-amerikanischen Truppenaufmarsch gegen Russland, der derzeit in Grafenwöhr und Hohenfels stattfindet. Der Krieg in der Ukraine und der Konfrontationskurs der Nato gegen Russland erweckt bei vielen Menschen die Angst vor einem Krieg in Europa. Die DFG-VK wirbt für die Idee der allgemeinen und vollständigen Abrüstung, das beinhaltet letztlich auch die Abschaffung der Bundeswehr.

An den verschiedenen Stationen werden die Friedensradler Rüstungsfirmen und Militäreinrichtungen besuchen, Mahnwachen abhalten, Infostände errichten, Flugblätter verteilen, Diskussionen führen, und in den Innenstädten die Anti-Kriegsperformance „Kein Krieg ist heilig“ aufführen. <https://www.dfg-vk.de/willkommen/>

Atomausstieg 2015 – gehen ohne Atomkraftwerke die Lichter aus?

HAMBURG. Nicht nur das AKW Grafenrheinfeld, sondern alle acht noch laufenden AKW sind für die Stromversorgung überflüssig und könnten schon 2015 abgeschaltet werden. In einer aktuellen Studie im Auftrag von ‚ausgestrahlt‘ hat das Energiewende-Beratungsunternehmens Arepo Consult die vorhandenen Stromerzeugungskapazitäten untersucht. Demnach stehen selbst unter extrem pessimistischen Annahmen (Dunkelheit, deutschlandweite Flaute, maximal hoher Strombedarf) rechnerisch genügend nicht-atomare Kraftwerke zur Verfügung, um den gesamten Stromverbrauch in Deutschland jederzeit zu decken. Auch in Süddeutschland, wo (inklusive Grafenrheinfeld) derzeit noch zwei Drittel der AKW stehen, müsste ohne AKW kein Licht ausgehen. Sollten hier, wie in dem gewählten Extremszenario der Fall, die regionalen Kraftwerke nicht ausreichen, kann über die bestehenden Leitungen Strom aus Norddeutschland geliefert werden, der dort im Überschuss vorhanden ist. Zudem könnten

auch die von den deutschen Netzbetreibern im angrenzenden Ausland (Österreich ...) unter Vertrag genommenen Reservekraftwerke noch Strom liefern. Ein sofortiges Abschalten aller neun AKW würde nicht nur das Atom-Risiko drastisch reduzieren, sondern wäre auch für die Energiewende von Vorteil. Denn der Wegfall der AKW würde etwa Gaskraftwerke, die beim Umstieg auf erneuerbare Energien zum Ausgleich der wetterbedingt schwankenden Erzeugung nötig sind, wieder rentabler machen. Zusammen mit den entsprechenden politischen Vorgaben könnte dies deren Stilllegung verhindern. In einem europaweit vernetzten Stromsystem mit steigendem Anteil erneuerbarer Energien muss die Versorgungssicherheit künftig anders erfasst bzw. prognostiziert werden. Auch nach diesen neuen Prognosemethoden gefährdet die Abschaltung aller neun noch laufenden AKW die Versorgungssicherheit jedoch nicht. Eine ganze Reihe von kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen, vom Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung bis zur Aufteilung des deutschen Strommarktes in zwei Marktgebiete, würde die Versorgungssicherheit weiter erhöhen.

<https://www.ausgestrahlt.de/>

Für Aldi produziert, jetzt ohne Lohn – Arbeiterinnen in Bangladesch protestieren gegen Fabrikschließung

BIELEFELD. Der deutsche Discounter Aldi und die Regierung in Bangladesch sollen dafür Sorge tragen, dass die über 1000 Mitarbeiterinnen der Swan-Garments- und der Swan-Jeans-Fabriken endlich ihre unbezahlten Monatslöhne und Entschädigungen erhalten. Das fordert die Kampagne für Saubere Kleidung. Bereits am 11. Juli sind die Arbeiterinnen der Swan-Fabriken vor dem Dhaka-Presse-Club in einen Sitzstreik getreten, der bis heute andauert und die Regierung Bangladeschs zum Handeln bewegen soll. Am Ende dieser Woche wollen die Demonstranten ihr Anliegen bei einem Treffen mit dem Arbeitsminister vorbringen. Swan Garments und Swan Jeans sind Teile der Swan-Gruppe, der drei weitere Fabriken in der Umgebung Dhakas gehören. Auf deren Webseite findet sich eine lange Liste europäischer Marken, die seit geraumer Zeit Einkäufer der Gruppe sind, unter anderem Lidl, Next, Bestseller, Dunnes und Walmart. Arbeiterinnen bestätigten zudem, dass sie im Monat vor der Schließung für Aldi, Piazza Italia und Motivi arbeiteten. <http://www.saubere-kleidung.de/>

Geflüchtete protestieren gegen Zustände in Dresdner Zeltlager

DRESDEN. Nicht einmal eine Woche nach Öffnung eines Zeltlagers für bis

zu 1.100 Menschen in der Friedrichstadt, ist es am Mittwoch zu ersten Protesten durch darin untergebrachte Bewohnerinnen und Bewohner gekommen.

**Aktionen ...
Initiativen**

Mit einer Sitzblockade im Eingangsbereich forderten etwa 50 von ihnen bessere Bedingungen ... Der Sitzstreik am Mittwoch richtete sich gegen die unzulänglichen Sanitäreinrichtungen, die derzeit aus Dixie-Toiletten bestehen. Weiterhin gebe es zu wenig Essen bei der Ausgabe und es komme generell zu Problemen bei der Verteilung von Lebensmitteln. Trotz des Einsatzes von DRK und dutzender Freiwilliger gebe es zudem noch immer Schwierigkeiten bei der Bereitstellung gespendeter Kleidung. Letztlich ging es aber auch um die unwürdige Unterbringung in Zelten. Helfer sprachen von Menschen, die über Nacht teilweise unter freiem Himmel schlafen mussten, da es in den Zelten zu wenig Platz und keinerlei Privatsphäre gebe. In einem von Insassen selbstgedrehten Video sind Feldbetten zu sehen, die dicht gedrängt und ohne warme Decken in den Notzelten stehen. Nach Aussagen von Vertretern der Kommune habe die Errichtung des Zeltlagers auch die Stadt in der Urlaubszeit „kalt erwischt“ ...

Die Errichtung eines provisorischen Lagers war Ende der vergangenen Woche durch das sächsische Innenministerium innerhalb kürzester Zeit beschlossen und umgesetzt worden. Schon am ersten Tag war es dabei nach einer Kundgebung der NPD zu gewalttätigen Übergriffen durch Nazis gekommen, bei denen drei Personen verletzt wurden ... Die Landtagsabgeordnete und Sprecherin ihrer Fraktion für Migrations- und Flüchtlingspolitik, Juliane Nagel (Die Linke), hatte die sächsische Landesregierung am Mittwoch aufgefordert, endlich ein tragfähiges Konzept vorzulegen, welches „neben räumlichen Kapazitäten auch die Versorgung, medizinische Erstuntersuchung, eine adäquate Erstberatung und Maßnahmen gegen rassistische Stimmungsmache thematisiert“. Das von der Staatsregierung Anfang Juli vorgelegte Papier sei ihrer Ansicht nach „eine bloße Zusammenfassung bekannter und unzulänglicher Pläne ohne qualitative Aussagen. Die Zeltstadt in Dresden illustriert täglich die Überforderung.“ Angesichts weiter steigender Asylzahlen forderte sie einen Asylgipfel, zu dem auch Wohlfahrtsverbände, Flüchtlingsorganisationen und zivilgesellschaftliche Initiativen, Gewerkschaften und Kirchen eingeladen werden sollten. „Die Umsetzung des Asylrechts“, so Nagel abschließend, sei „eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.“

www.addn.me/

Im März 2016 finden in Baden-Württemberg Landtagswahlen statt. Wir dokumentieren dazu den Personalvorschlag des Landesvorstandes der Partei Die Linke zur Spitzenkandidatur sowie aus dem Aufruf zur Unterschriftensammlung.

Personalvorschlag des Landesvorstandes für die Spitzenkandidatur der Linken in Baden-Württemberg

Gökay Akbulut, Kandidatin und Stadträtin aus Mannheim, und Bernd Riexinger, Parteivorsitzender und Kandidat in Stuttgart, sollen als Spitzenduo in den Wahlkampf ziehen.

Die Linke im Land will mit diesem Personalvorschlag deutlich machen, dass wir entschlossen sind, die Fünf-Prozent-Hürde zu nehmen und dass die gesamte Partei, bis zur Parteispitze darum kämpft, dieses Ziel zu erreichen und in den baden-württembergischen Landtag einzuziehen.

Beide haben einen Lebenshintergrund und einen politischen Erfahrungsschatz, der uns für die zukünftige Arbeit im Landtag sehr wichtig ist.



Gökay Akbulut, als Kommunalpolitikerin in Mannheim, eine Stadt mit vielen sozialen Brennpunkten, die sich mit ihrem kurdisch-alevitischen Hintergrund auch für Integration und Teilhabe von Migrant*innen einsetzt, gegen Rassismus und gegen Ausgrenzung.

Bernd Riexinger, der es als Gewerkschafter von der Pike auf zu tun hat-



te mit den Interessen von abhängig Beschäftigten. Der mit Menschen zusammenarbeitet, die darauf angewiesen sind, dass der gesellschaftliche Reichtum nicht nur oben ankommt, sondern auch bei Erzieher*innen, bei Pflegekräften, bei Verkäufer*innen und bei Beschäftigten in der Industrie und im öffentlichen Dienst.

Ihre Unterschrift, damit wir zur Wahl antreten können. – Menschen vor Profit. Umfairteilen statt Armut!

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

Die Linke fehlt im Landtag, als soziales Gegengewicht zur unsozialen Politik der großen Parteien. Egal wer das Land regiert, es braucht eine Partei im Landtag, die die Interessen von Menschen mit niedrigen Einkommen vertritt.

Auf Mappus und seine CDU folgte 2011 Kretschmann.

Wirkliche Verbesserungen gab es aber nicht: Keine gebührenfreien Kitas, kein Mehr an bezahlbaren Wohnungen, keine wirksamen Maßnahmen gegen Kinderarmut und Niedriglöhne, kein Atomausstieg, keine Aufklärung in Sachen NSU-Morde, keinen Politikwechsel.

Nur wir machen richtig Druck – unterstützen Sie uns!

Befristung und Leiharbeit stoppen – Schluss mit prekärer Beschäftigung.

Hunderttausende arbeiten in Jobs, von denen man kaum leben kann. Gerade junge Menschen haben einen befristete-

ten Job nach dem anderen. Jede dritte berufstätige Frau arbeitet in Teilzeit. Ministerpräsident Kretschmann will Regelungen zum Mindestlohn weiter durchlöchern. Die Linke fordert ein

Ende von Befristungen und Leiharbeit. Öffentliche Aufträge müssen an soziale und tarifliche Mindeststandards gekoppelt werden.

Teilhabe statt Ausgrenzung. Mindestsicherung statt Hartz IV. Langzeitarbeitslosigkeit und Altersarmut sind auch in Baden-Württemberg die Realität. Viele Menschen sind – als Hartz IV- AufstockerInnen – arm trotz Arbeit. Wir wollen Teilhabemöglichkeiten für alle und bundesweit eine Mindestsicherung und Mindestrente statt Zwang und Schikanen. Die Ausgrenzung durch Armut muss beendet werden.

Nein zu Armut in einem reichen Land. Millionen Menschen mit geringem oder keinem Einkommen stehen wenige Superreiche und wenige Großkonzerne gegenüber. Baden-Württemberg ist ein reiches Land, doch der Reichtum ist falsch verteilt. Grün-Rot will daran nichts ändern, aber über die Schuldenbremse Land und Kommunen kaputt sparen. Sowohl CDU, als auch SPD und Grüne im Land lehnen Erbschaftssteuern auf große Betriebsvermögen und Einkommen ab. Unsere Schuldenbremse heißt Vermögenssteuer. Wir werden Druck machen für steuerliche Umverteilung und soziale Gerechtigkeit.

Mieten bezahlbar für alle. Die Mieten im Land sind in den letzten Jahren enorm gestiegen. Viele zahlen die Hälfte ihres Einkommens für die Miete. Jedes Jahr gibt es 5000 Sozialwohnungen weniger. Wir brauchen endlich ein wirksames Landesförderprogramm, das den Bestand an bezahlbaren Wohnungen in öffentlichen Besitz wieder deutlich erhöht. Wir fordern Mietpreisstopp und Milieuschutz in städtischen Zentren, günstiges Bauland aus Bundes- und Landeseigentum, Förderung von kommunalen Trägern, genossenschaftlichen und Non-Profit-Projekten statt Subvention von Heuschrecken auf dem Wohnungsmarkt.

Gebührenfreie Kitas und Schulesen statt Kinderarmut. Kinder dürfen kein Armutsrisiko sein. Ihre Erziehung, ihre Bildung und ihr Wohl sollten der Gesellschaft mehr wert sein als bisher. Doch die SPD hat ihr zentrales Wahlversprechen aus dem Jahr 2011 gebrochen, im ersten Schritt ein gebührenfreies Kitajahr einzuführen. Kitas müssen gebührenfrei sein. Wie in Bayern sollte der Weg zur Schule kostenfrei sein, ebenso das Schul- und Kitaessen. Auch Ganztagesangebote müssen für alle zugänglich sein und dürfen nicht vom Geldbeutel abhängen.

Beste Bildung für alle – von der Kita bis zur Uni. Jeder Schritt zur Gemein-

schaftsschule ist ein Schritt weg von sozialer Auslese bei der Bildung. Doch dazu braucht es gute Schulen in jedem Kreis. Der grün-rote Lehrerstellenabbau verhindert das. Gute Bildung muss alle einbeziehen, auch Migranten oder Menschen mit Behinderung. Die Bildungslandschaft bleibt ein Flickenteppich. Lernmittelfreiheit ist nicht durchgesetzt. Die Umsetzung von Gemeinschaftsschulen bleibt inkonsequent. Noch immer ist die Streichung von 3200 Lehrerstellen im Land geplant.

Sozialticket einführen – Bus und Bahn ausbauen. Die Benutzung von Bus und Bahn muss allen möglich gemacht werden. In Stadt und Land und unabhängig vom Einkommen. Gut ausgebaute Bus- und Bahnangebote in der Fläche sind sinnvollere Investitionen als das Milliardengrab Stuttgart 21.

Sozial-ökologisches Investitionsprogramm statt Atomkraft & Lobbypolitik. Vier Jahre nach Fukushima laufen immer noch die Atommeiler im Land und Fessenheim. Auch die landeseigene EnBW tut zu wenig für die Energiewende. Stattdessen zahlen wir alle mit teuren Strompreisen in die Kasse der Energiekonzerne. Nur mit einem sozial-ökologischen Investitionsprogramm kommt die Energiewende in Gang. Und mit Sozialtarifen sorgen wir dafür, dass nicht die Ärmsten dafür zahlen.

Respekt und gute Löhne in Pflege und Gesundheit. Krankenhäuser erhalten. Pflege und Gesundheitsberuf sind seit langem unterbezahlt. Wir fordern gute Löhne in allen Gesundheitsberufen, eine bessere Ausstattung mit Personal und Respekt für die Beschäftigten und PatientInnen. Wir fordern eine ordentliche Ausstattung der Krankenhäuser durch das Land und eine Absicherung der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum statt Krankenhausschließungen.

Keine Privatisierung, kein Verkauf öffentlichen Eigentums. Wohnungen, Energie und Nahverkehr gehören ebenso wie Gesundheit und Bildung zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie dürfen nicht weiter privatisiert werden. Wer mit Krankenhäuser Profite machen will, spart an unserer Gesundheit. Auch deshalb lehnen wir das Freihandelsabkommen TTIP ab: weil dadurch noch mehr öffentliche Aufgaben dem freien Markt unterworfen werden sollen.

Nazis und Rassisten stoppen – Verfassungsschutz auflösen. Die rassistischen Verbrechen der NSU und der Mord in Heilbronn haben gezeigt, dass Naziteror vor unserer Haustür existiert und der Verfassungsschutz Teil des Prob-

lems ist und nicht die Lösung. Die Zusammenarbeit zwischen Behörden und Nazistrukturen ist zu beenden und alle V-Leute sind abzuschalten. Zivilcourage ist nötig und gemeinsam mit Migrantinnen und Migranten für eine demokratische und soziale Gesellschaft zu streiten. Der Verfassungsschutz gehört aufgelöst und ersetzt durch ein Landesamt für Demokratie und Bürgerrechte.

Hilfe für Flüchtlinge statt Hetze und Rassismus. Flüchtlinge müssen menschlich aufgenommen und behandelt werden. Doch Grün-Rot schiebt weiter ab, auch Familien, auch in Krisengebiete. Menschen in Not verdienen unsere Solidarität. Wir wollen, dass sie hier arbeiten dürfen und nicht in heruntergekommenen Baracken hausen müssen. Deshalb brauchen die Kommunen mehr Geld von Land und Bund. Die Kosten für die Unterbringung, Gesundheit und soziale Betreuung müssen vom Land finanziert werden.

Direkte Demokratie statt Klüngelei. Mitbestimmung von der Schule bis zum Betrieb, von der Kommune bis ins Land. Mehr Bürgerentscheide und Direktwahl der Landräte statt Klüngel. Streikrecht erhalten und Solidarität mit den Beschäftigten bei Streiks. Die Linke will mit Ihnen Politik machen. Unterstützen Sie uns.

Warum, Wieso, Weshalb... Warum sammeln wir Unterschriften? In Baden-Württemberg müssen alle Parteien die noch nicht im Landtag sind, pro Wahlkreis 150 Unterschriften sammeln. Nur dann werden sie überhaupt zur Wahl zugelassen. Ihre Unterschrift bedeutet NICHT, dass sie uns wählen. Ihre Unterschrift sagt, dass sie es nicht falsch finden, wenn wir zur Wahl auch antreten. Ihr Name bleibt anonym. Sie unterschreiben auf offiziellen Formularen des Wahlamtes.

Unterstützen Sie uns mit Ihrer Unterschrift.

Achtung: Bei den Landtagswahlen wird anders gewählt: Anders als bei den Bundestagswahlen, haben Sie bei den Landtagswahlen nur EINE Stimme. Diese Stimme ist Erst- und Zweitstimme. Sie entscheidet, darüber wie stark die jeweilige Partei in den Landtag kommt, und wer in den Landtag einzieht.

Wenn Sie wollen, dass Die Linke die 5%-Hürde knackt und in den Landtag kommt, empfehlen wir die Wahl der Linken, auch wenn Ihnen einer der Direktkandidaten der anderen Parteien bekannt oder sympathisch ist. Meist kommen die KandidatInnen der „großen“ Parteien sowieso in den Landtag. Für uns aber zählt jede einzelne Stimme!

•

Linke: Sanktions-Moratorium beim JobCenter Mannheim !

Die Linke im Mannheimer Gemeinderat fordert in einem Antrag, dass bis auf weiteres die Verhängung von Sanktionen beim JobCenter Mannheim ausgesetzt wird. Außerdem soll die Verwaltung darüber informieren, wie viele Sanktionen aus welchem Grund seit 2013 verhängt wurden, wie viele Gerichtsverfahren in diesem Zusammenhang angestrengt wurden und wie diese ggf. ausgingen.

Die beiden linken StadträtInnen GöKay Akbulut und Thomas Trüper sehen sich mit ihrem Antrag durch das Sozialgericht Gotha bestätigt. Dessen 15. Kammer hatte unter dem Aktenzeichen S 15 AS 5157/14 mit Beschluss vom 26. Mai 2015 ein Verfahren gegen das JobCenter Erfurt bis zur weiteren Klärung durch das Bundesverfassungsgericht ausgesetzt, weil es vermutet, dass die Sanktionsparagrafen 31 und 32 möglicherweise verfassungswidrig seien.

Fragen des Sozialgerichts Gotha an das Bundesverfassungsgericht:

„1. Ist § 31a i.V.m. § 31 und § 31b SGB II (...) insoweit mit Art. 1 Abs. 1 Grundgesetz i.V.m. Art. 20 Abs. 1 Grundgesetz – Sozialstaatlichkeit – und dem sich daraus ergebenden Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums vereinbar, als sich das für die Sicherung des soziokulturellen Existenzminimums maßgebliche Arbeitslosengeld II auf Grund von Pflichtverletzungen um 30 bzw. 60% des für die erwerbsfähige leistungsberechtigte Person maßgebenden Regelbedarfs mindert bzw. bei weiteren Pflichtverletzungen vollständig entfällt?

2. (...) insoweit mit Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG vereinbar, als Sanktionen, wenn sie zu einer Lebensgefährdung oder Beeinträchtigung der Gesundheit der Sanktionierten führen, gegen das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit verstoßen?

3. (...) insoweit mit Art. 12 GG vereinbar, als Sanktionen gegen die Berufsfreiheit verstoßen?“

Verweigerung des Existenzminimums und sinnloses „Fordern“

Neben der endlich von einem Gericht geäußerten Vermutung, die Verweigerung des Existenzminimums verstoße gegen das Grundgesetz, gibt es einen weiteren Grund, den die linken Stadträte für ihren Antrag ins Feld führen: Die Willkür des „Forderns“.

Unter der Maßgabe: „Keine Leistung ohne Gegenleistung“ werden Leistungen nach SGB II nur gewährt, sofern die erwerbsfähigen Hilfebedürftigen sich lückenlos allen Vorgaben der SachbearbeiterInnen des Jobcenters unterwerfen, auch wenn z.B. die Sinnhaftigkeit und Qualität verordneter Maßnahmen durchaus anzuzweifeln sind. Sprichwörtlich sinnlos sind die „Bewerbungstrainings“ in Serie, denen sich viele Erwerbslose im JobCenter aussetzen

müssen. Außerdem werden die Erwerbslosen häufig zur Arbeitsaufnahme unter einem für ArbeitnehmerInnen nicht akzeptablen Sozialstandard und oft auch in großer Entfernung vom Wohnort gezwungen. Dies leitet sich aus den sog. Zumutbarkeitsregelungen des § 10 SGB II ab.

Sonderthema „JumpPlus“: Sogar die ARD interessiert sich

Ein besonderer Missstand, den die Linke in Mannheim schon lange kritisiert, sind die Verfahrensweisen gegenüber erwerbslosen Menschen unter 25 Jahren. Aus dem Recht auf Ausbildung bzw. Arbeit dieser Menschen (§ 3 Abs. 2 SGB II) wird eine sofortige Arbeits- oder Maßnahmenpflicht abgeleitet. Dieser Zwang wird am Mannheimer JobCenter im Bereich „Junges Mannheim“ („JumpPlus“) besonders „erfolgreich“ umgesetzt mit dem Ergebnis einer Jugendarbeitslosenquote von unter 1%. Besagter Paragraph lautet: „Erwerbsfähige Leistungsberechtigte, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, sind unverzüglich nach Antragstellung auf Leistungen nach diesem Buch in eine Ausbildung oder Arbeit zu vermitteln.“

Im Juni sendete die ARD im Morgenmagazin kurz vor der OB-Wahl eine am JobCenter Mannheim gedrehte Kurzreportage: Wir funktioniert die bundesweit einmalig niedrige Jugendarbeitslosigkeit in Mannheim, und funktioniert sie immer noch, nachdem eine erste PR-Kampagne der Stadtverwaltung vor zwei Jahren diese Sonderstellung publik gemacht hatte. Gezeigt wurde ein junger Mann, Mitglied einer Bedarfsgemeinschaft, der nach seiner erfolgreichen Ausbildung in einem Metallberuf einen Arbeitsvertrag erst zum 1. September bekommen hat. Er wurde bis dahin in eine Logistik-Trainingsmaßnahme in eine Übungsfirma des Mannheimer Maßnahmenträgers „ad laborem“ (zu deutsch: „an die Arbeit!“) eingewiesen. Sonst hätte er bis zum 1. September die Arbeitslosenquote „belastet“. Der junge Mann zeigte sich in der Reportage äußerst kooperativ. Andere rebellieren gegen derart sinnlose Einsätze. Die Linke hatte übrigens vom SWR eine Anfrage bekommen, ob sie JumpPlus-Klienten zwecks Interview für diese Sendung vermitteln könne. Sie konnte, allerdings griff man nicht auf das Angebot zurück. Da hätte z.B. eine junge Frau mit Realschulabschluss berichten können,



wie sie tagelang in einer „Maßnahme“ herumsaß, um Dreisatzrechnen zu üben.

JumpPlus mit seinem „Angebot am ersten Tag“ verhindert reihenweise, dass junge Erwerbslose („erwerbsfähige Hilfebedürftige“) eine Chance bekommen, sich erst mal beim Arbeitsamt mit der dortigen qualifizierten Beratung nach einem Arbeits- oder Ausbildungsplatz umzuschauen. Stattdessen werden sie sofort in Trainingsmaßnahmen mit minimalstem oder sogar ohne Qualifikationsanspruch gedrängt.

Sogar der 14. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung vom Januar 2013 kritisiert diesen Mechanismus mit vorsichtigen Worten:

„Faktisch erweist sich das Angebot an Leistungen und Maßnahmen zur Förderung und Unterstützung junger Menschen in prekären materiellen Lagen als zu undifferenziert und wenig tragfähig und kommt – angesichts der Überlastung des Personals in den Jobcentern und Arbeitsagenturen – entgegen den ursprünglichen Absichten der Gesetzgebung deutlich zu kurz. Demgegenüber wird die verschärfte Sanktionspraxis gegenüber jungen Menschen unter 25 Jahren ganz offensichtlich ohne Abstriche umgesetzt mit der Folge, dass die Gewichte zwischen Fordern und Fördern aus der Balance geraten. Hier deutet sich ein erheblicher Nachjustierungsbedarf sowohl im Wirkungskreis des SGB II als auch vor allem in der Abstimmung zwischen den Ansätzen und Angeboten im Wirkungskreis von SGB VIII, SGB II und SGB III an.“ (Deutscher Bundestag Drucksache 17/12200, Seite 227)

Das Menschenbild des SGB II ist pauschal negativ und verkennt tatsächlich Hilfsbedürftige

Die Sanktionen nach SGB II dienen der Dressur und Beugung von erwerbslosen Menschen unter die Regie des Forderns. Pauschal werden alle „Hilfebedürftigen“ für ihre Situation schuldig gesprochen und gleichgesetzt mit Menschen, die von ihrer oft langjährigen oder sogar ererbten Situation bereits so geschädigt sind, dass ihnen z.B. die „Tagesstruktur“ abhandengekommen ist. Dass diese Menschen sehr häufig mittlerweile (z.T. auch psychisch) erkrankt und verzwei-

felt sind, erfordert keine Dressurakte, sondern echte Hilfe und Betreuung. Dies zu erkennen liegt meist außerhalb der Kompetenzen von MitarbeiterInnen der JobCenter. Viele Menschen, die eigentlich gar nicht „dem Arbeitsmarkt zur Verfügung“ stehen, werden nach SGB-II-Regie traktiert, anstatt ihnen eine Rehabilitation zu gewähren. Das betrifft alle, nicht nur die unter 25-jährigen „Hilfbedürftigen“, die manches Mal gar nicht „erwerbsfähig“ sind.

Fazit: Fördern!

Die Stadt Mannheim sollte mit allen verfügbaren Mitteln die Kultur des „Förderns“ stärken, um erwerbsfähigen

Hilfbedürftigen den Weg in eine menschenwürdige und auskömmliche Erwerbsarbeit zu ermöglichen, und nicht wirklich erwerbsfähigen Personen gezielte Hilfsmaßnahmen zugutekommen zu lassen. Sanktionen sind lediglich ein Mittel zur Durchsetzung der seit „Hartz“ massiv verschlechterten Arbeitsmarktkonditionen und konkreten Arbeitsbedingungen.

Aus Sicht der JobCenter sparen Sanktionen Geld, Fördern dagegen kostet Geld. Aus Sicht der Betroffenen und bei langfristiger (selbst volkswirtschaftlicher) Betrachtungsweise ist es jedoch genau umgekehrt. *Thomas Trüper*

Netzwerk Rassismus- und Diskriminierungsfreies Bayern (e.V.)*

Mangelnde Sensibilität bezüglich Rassismus im Landgericht München

München, 28.7.2015. Die Kammer sieht keine grundsätzliche Bedeutung des Rassismus im Nachtleben. Das „Netzwerk Rassismus- und Diskriminierungsfreies Bayern“ zeigt sich empört über die verwirrenden Entscheidungen des Landgerichts München zur Berufungsklage „Rassismus im Münchner Nachtleben“.

Der Kläger, Hamado Dipama, hat sechs Klagen gegen sechs Münchner Diskotheken im Amtsgericht München durchgestanden: Nach Ansicht des Klägers erhielt er aus rassistischen Gründen keinen Einlass. Resultat der Gerichtsverfahren: Das Nachtleben in München hat ein Rassismusproblem! Von den sechs Gerichtsverfahren hat Dipama nur eines zu Unrecht verloren. Gegen diese zurückgewiesene Klage hat er Berufung eingelegt. Nach fast einem Jahr kommt das Landgericht München zu folgendem Beschluss: „Die Berufung der Klagepartei gegen das Urteil des Amtsgerichts München vom 24.7.2014 (...) wird zurückgewiesen ... Die Klagepartei hat die Kosten des Berufungsverfahrens zu tragen ...“. Aus den Gründen des Landgerichts: „...weil nach einstimmiger Auffassung der Kammer das Rechtsmittel offensichtlich keine Aussicht auf Erfolg hat, der Rechtsache auch keine grundsätzliche Bedeutung zukommt ... noch die Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung eine Entscheidung des

Berufungsgerichts erfordert.“

Skandalös ist, dass das selbe Landgericht die Berufung einer der verurteilten Diskotheken nicht zurückgewiesen hat und eine neue Verhandlung im Oktober schon einberaumt hat.

„In einem Zeitpunkt, wo die Problematik des Rassismus, Diskriminierung, Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus in Bayern kein Kavaliersdelikt ist und sogar eine Diskothek neulich ein generelles Einlassverbot für geflüchtete Menschen mit dem rassistischen Satz „Die Schwarzen haben ein Frauenproblem und bei den Arabern gibt es ein Aggressionsproblem“ erteilt hat, ist dieses Verhalten des Landgerichts eine Bestätigung des institutionellen Teils des Problems.

Dies ist natürlich auch eine Ohrfeige für Bemühungen für ein rassismus- und diskriminierungsfreies Bayern, damit es nicht mehr bundesweit an zweiter Stelle der Ausländerfeindlichkeit steht.“ So Zara Pfeifer vom Vorstand des Netzwerk Rassismus- und Diskriminierungsfreies Bayern.

Kontakt: Netzwerk Rassismus- und Diskriminierungsfreies Bayern (e.V.), Augsburgstr.13, 80337 München, Tel. 089.416159959, info@rassismusfreies-bayern.net | <http://www.rassismusfreies-bayern.net/>

Infos über „Netzwerk Rassismus- und Diskriminierungsfreies Bayern (e.V.) Zum Abschluss der Internationalen Wochen gegen Rassismus fand auf Initiative der Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns (AGABY e.V.) die Versammlung zur Gründung des „Netzwerk Rassismus- und Diskriminierungsfreies Bayern e.V.“ statt. Ziele des Vereins sind insbesondere die Sichtbarmachung und Bekämpfung von Rassismus und die Unterstützung von Personen, die Rassismus und Diskriminierung erfahren. Der Auftrag des Vereins ist u.a. der strategische Informationsaustausch, die Koordination der Antirassismus- und Antidiskriminierungsarbeit auf Landesebene sowie die Schaffung einer unabhängigen Antirassismus- und Antidiskriminierungsstelle auf Bayernebene. Der Verein strebt eine enge Kooperation mit bereits bestehenden Einrichtungen, Gruppen und Institutionen an und freut sich über weitere Mitglieder sowie Fördermitglieder. Es können Einzelpersonen und Organisationen beitreten.

Unsoziale Mietenpolitik der SAGA GWG beenden: HAMBURG. Erst vor wenigen Tagen hat die SAGA GWG den Gewinn für 2014 mit rund 146 Millionen Euro beziffert. Das war weniger als in den beiden vorausgegangenen Jahren (2012: 175,7 Millionen; 2013: 181,6 Millionen). Dennoch hält Hamburgs öffentliches Wohnungsunternehmen daran fest, eine dreistellige Summe an das Stadtsäckel abzuführen. Erzielt werden die Gewinne auf Kosten der MieterInnen. Die Senatsantwort auf eine Große Anfrage der Linksfraktion (Drs. 21/780 vom 14.7.2015) hat diese Tendenz nun mit Zahlen erhärtet. Von 2010 bis Juni 2015 sind die durchschnittlichen Netto-Kalt-Mieten bei der SAGA GWG von 5,59 auf 6,13 Euro/qm, d.h. um 0,54 Euro (also knapp 10 Prozent) angehoben worden (s. Antwort Nr. 8). Damit steigen die Mieten der SAGA GWG nach wie vor schneller als die Inflationsrate und erst recht die Einkommensentwicklung. ... Die wohnungspolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft, Heike Sudmann, erklärt dazu: „Ein städtisches Wohnungsunternehmen wie die SAGA GWG hat dafür zu sorgen, dass es ausreichend günstigen Wohnraum gibt. Die Praxis, über Mieterhöhungen dreistellige Millionengewinne einzufahren, die dann im Hamburger Haushalt verschwinden, muss beendet werden. Entgegen der üblichen Beschwichtigung, BewohnerInnen der SAGA GWG müssten keine Sorge haben, wenn die Mietpreisbindung ihrer Sozialwohnung ausläuft, belegen die Zahlen der vergangenen anderthalb Jahrzehnte das genaue Gegenteil. ... <http://www.die-linke-hamburg.de>

Dortmunds Haushaltloch wird größer:

Das Ministerium für Inneres und Kommunales (MIK) des Landes NRW hat die Eckpunkte des Gemeindefinanzierungsgesetzes für 2016 veröffentlicht. Bislang sollten die Schlüsselzuweisungen an die Kommunen im kommenden Jahr um durchschnittlich 3,3 Prozent steigen, in Dortmund wird die Steigerung allerdings nur noch 2,7 Prozent betragen. „Dies bedeutet zwar rund 13,7 Mio. Euro mehr als im Vorjahr, liegt aber deutlich unter der von der Kämmerei angenommenen Steigerung um 4,9 Prozent“, sagt Utz Kowalewski, Vorsitzender der Fraktion Die Linke & Piraten. Und weiter: „Alleine für das Jahr 2016 sind dies rund 10,3 Mio. Euro weniger als in der mittelfristigen Finanzplanung im Sommer des vergangenen Jahres noch dargestellt wurde.“ „Für die Fraktion Die Linke & Piraten ist nicht einsehbar, dass eine Stadt wie Dortmund mit ihrer Arbeitslosen- und Armutsproblematik prozentual weniger Geld bekommen soll als der NRW-Durchschnitt“,

sagt Utz Kowalewski. Aber auch in der vorangegangenen Finanzplanung der Kämmerei sieht die Fraktion Die Linke & Piraten erhebliche Mängel. Utz Kowalewski: „Hier zeigt sich wieder, dass mittelfristige Finanzplanungen in den Kommunen, die meistens über einen Zeitraum von fünf Jahren gehen, häufig nur Kaffeesatzleserei sind. Denn die Städte und Gemeinden sind nur das letzte Glied in der Nahrungskette und von übergeordneten Ebenen wie Land und Bund abhängig. Hier ist dringender Handlungsbedarf zur dauerhaften Sicherstellung der kommunalen Handlungsfähigkeit gegeben. Mit fünf Jahresplänen ist man ja schon in der Vergangenheit in anderen Wirtschaftssystemen gescheitert.“ <http://www.dielinke-dortmund.de>

Protestcamp für eine solidarischere Stadt begrüßenswert: FRANKFURT A.M. Die Fraktion Die Linke im Römer unterstützt das sechstägige Protestcamp für eine solidarischere Stadt der Initiative Project.Shelter, das am heutigen Donnerstag, den 23. Juli 2015 um 19 Uhr auf dem Campus Bockenheim eröffnet wird. Ziel der Initiative ist das Erstreiten eines selbstverwalteten, migrantischen Zentrums, in dem Menschen eine Unterkunft, Orientierungshilfe und Unterstützung finden. Dazu erklärt Dominike Pauli, Vorsitzende der Fraktion Die Linke im Römer: „Landesweit aber auch in Frankfurt schaffen es die zuständigen Behörden nicht, die zu uns flüchtenden Asylsuchenden in menschenwürdigen Unterkünften unterzubringen. Anstelle

von Massenunterbringung brauchen wir kleine, dezentrale Wohneinheiten in fester Bauweise, die Mindeststandards, wie sie von Pro Asyl und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen gefordert werden, erfüllen. Die reiche Stadt Frankfurt am Main muss da als Beispiel vorangehen.“ Das gelte ganz besonders auch für die Menschen, denen durch die Stadt unter Hinweis auf die Gesetzeslage zurzeit nicht in erforderlichem Maße geholfen wird. Die Initiative Project.Shelter wolle darauf aufmerksam machen, dass diese Menschen in Frankfurt gezwungen sind, im Freien zu schlafen. Dass sie von sozialen Sicherungssystemen und gesellschaftlicher Teilhabe weitestgehend ausgeschlossen sind. „Hier muss nach menschenrechtlichen Überlegungen und nicht bloß nach Paragrafen gehandelt werden“, fordert Pauli.

<http://www.dielinke-im-roemer.de>

Aus der Bürgerschaft berichtet: Wesservertiefung. BREMERHAVEN. Vor einigen Tagen stellte der Europäische Gerichtshof (EuGH) klar, dass die Europäische Wasserrahmenrichtlinie eine Vertiefung von Oberflächengewässern nur dann zulässt, wenn eine Verschlechterung der Gewässerqualität vermieden und eine Verbesserung erreicht werden kann. Mit einem Antrag sollte die Bremische Bürgerschaft nun unter anderem feststellen, dass sich die aus dem EuGH-Urteil abzuleitenden Vorgaben in einem ergänzenden Verfahren heilen lassen, ohne dass dafür ein neues Planfeststellungsverfahren notwendig wird. Nelson

Janßen stellte sich die Frage, was der Sinn einer erneuten Wesservertiefung sei. „Auf den Punkt gebracht steht hinter der Wesservertiefung der Wettbewerb der norddeutschen Häfen und vor allem die Profitinteressen der Privatwirtschaft.“ Die Flussvertiefung sei aber kein ökonomisch sinnvolles Projekt. „Die größten Containerschiffe der Welt laufen bereits heute in Bremerhaven ein. Selbstverständlich gibt es Tiefenrestriktionen, so dass die Schiffe nur zu bestimmten Zeiten einlaufen können. Es gibt aber mit dem Jade-Weser-Port in Wilhelmshaven bereits einen Tiefwasserhafen in der Nähe, an dem das Land Bremen sogar Anteile hat.“ Der Bremerhavener Abgeordnete lehnte den vorliegenden Dringlichkeitsantrag ab. „Ich fordere den Senat auf, statt diesem ökologisch und ökonomisch untragbaren Projekt endlich eine echte Kooperation aller norddeutschen Häfen aufzubauen und nicht an die Alternativlosigkeit dieses Vorhabens zu glauben.“ www.dielinke-bremerhaven.de

Mittel für Betreuungsgeld im System der Kindertagesbetreuung belassen: BERLIN. Statement von Dr. Stephan Articus, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, zum Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum Betreuungsgeld: „Das Bundesverfassungsgericht hat festgestellt, dass der Bund für die Auszahlung eines Betreuungsgeldes für Kinder nicht zuständig ist. Der Deutsche Städtetag plädiert nachdrücklich dafür, die für das Betreuungsgeld vorgesehenen Mittel –

Antrag: Die „Berufsschule zur Berufsvorbereitung“ wird zum Kompetenzzentrum: München.

Stadtrat Cetin Oraner (Die Linke), unterstützt von Stadträtin Sonja Haider (ÖDP), regt an, dass die Berufsschule zur Berufsvorbereitung zum Kompetenzzentrum für die berufliche Bildung von Flüchtlingen aufgewertet werde:

München fördert die Berufliche Bildung für junge Flüchtlinge: Die „Berufsschule zur Berufsvorbereitung“ wird zum Kompetenzzentrum.

Der Stadtrat möge beschließen: Die Verwaltung, insbesondere das Referat für Bildung und Sport in Zusammenarbeit mit dem Sozialreferat werden beauftragt, die erforderlichen Schritte dafür einzuleiten, dass die Berufsschule zur Berufsvorbereitung zum Kompetenzzentrum für die berufliche Bildung von Flüchtlingen aufgewertet wird.

Dazu werden insbesondere

- eindeutige organisatorisch-pädagogische Zuordnungen für alle Projekte,

Einrichtungen und den Flüchtlingsklassen an allen Berufsschulen geschaffen;

- die bisherige Filiale an der Balanstr. zur selbständigen Einheit mit eigenständiger Leitung (als stellvertretender Leiter der gesamten Berufsschule) ausgebaut;
- die Möglichkeiten der baulichen Erweiterung am Bogenhausener Kirchplatz ausgeschöpft, u.a. durch einen Vollausbau der Turnhalle und einen zweckdienlichen Neubau auf der Fläche des bisherigen Pavillon.

Begründung:

Die Berufsschule zur Berufsvorbereitung wird im Schuljahr 2015/16 in 15 Klassen Flüchtlinge beschulen und in Werkstätten unterrichten. Die damit beauftragte Filiale in der Balanstraße hat daher einen immens gestiegenen Aufwand zur Betreuung und Organisation. Die Berufsschule zur Berufsvorbereitung hat auf diesem Feld in vielen Jahren große Kompetenzen erworben, leider hinkt

die organisatorische Struktur und die Verteilung der Kompetenzen und Zuständigkeiten einer solchen notwendigen Schwerpunktbildung hinterher. Angesichts stetig steigender Zahlen junger Flüchtlinge, die vielfach berufsschulpflichtig sind, sind rasche organisatorische Anpassungen erforderlich.

Weiterhin wird die Arbeit dadurch erschwert, dass verschiedene andere – durchaus engagierte und ehrenwerte – Projekte und Einrichtungen sich um junge Flüchtlinge bemühen. Teilweise geht es um Schulabschlüsse, sprachliche Förderung oder kulturelle Integration. Auf der anderen Seite wird es immer wichtiger den jungen Flüchtlingen klare Strukturen mit einer ebenso klaren Perspektive anzubieten. Diese Perspektive wird in sehr vielen Fällen die Ausbildungsfähigkeit sein. Die Eigenständigkeit der einzelnen Projekte sollte beim Erreichen dieses Ziels erhalten bleiben, dennoch muss organisatorische Klarheit geschaffen werden.

www.dielinke-muenchen-stadtrat.de

im Jahr 2015 immerhin 900 Millionen Euro – im System der Kindertagesbetreuung zu belassen. Der Ausbau der Kinderbetreuung für Kinder unter drei Jahren ist zum Beispiel noch nicht in allen Kommunen abgeschlossen, in großen Städten steigt die Nachfrage nach Betreuung teilweise sogar. Auch die qualitativen Anforderungen an die Erziehung, Bildung und Betreuung der Kinder sind gestiegen, daher wird ein umfassendes und langfristiges Engagement von Bund und Ländern benötigt. Die Städte haben in den vergangenen Jahren alles in ihrer Macht stehende getan, um Kindertagesstätten und Tagespflege bedarfsgerecht auszubauen. Die Zahl der Kinder unter drei Jahren in öffentlich geförderter Kindertagesbetreuung hat sich von knapp 300 000 im Jahr 2006 auf knapp 695 000 zum Stichtag 1. März 2015 erhöht.“ <http://www.staettetag.de>

Sparkassen sind keine Renditebeschaffer für die Kommunen: BERLIN. Aus Anlass der Streitigkeiten um die Höhe von Ausschüttungen der kommunalen Sparkassen an einige nordrhein-westfälische Kommunen erklärt der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landkreistages Prof. Dr. Hans-Günter Henneke: „Diese Begehrlichkeiten gegenüber den Sparkassen verkennen das Wesen der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute. Die Aufgabe der Sparkassen besteht darin, die wirtschaftliche Entwicklung der jeweiligen Kommune zu unterstützen und die entsprechenden regionalen Potenziale bestmöglich zu fördern. Von daher hat der öffentliche Auftrag den Charakter einer Katalysatorfunktion für die Entwicklung der Wirtschaft und ist kein Renditebeschaffer für die Träger. Wer feste Ausschüttungsquoten oder Garantiauszahlungen fordert, ist auf dem falschen Pfad unterwegs.“

Ausschüttungen machen nicht den öffentlichen Auftrag oder gar den tatsächlichen Wert der Sparkassen für ihre kommunalen Träger aus. Die Sparkassen sind keine Finanzanlage der Kommune, die möglichst hohe Renditen erwirtschaften und abführen muss. Auch die Sparkassengesetze der Länder stellen dies klar, wenn sie festschreiben: Die Landkreise, Städte und Gemeinden sind nicht Eigner der Sparkassen, sondern deren Träger. Dahinter steht die Bindung der Sparkassen an den öffentlichen Auftrag und auch der Gedanke, dass den Kommunen eine rein fiskalisch ausgerichtete Tätigkeit zu recht nicht erlaubt ist. Vielmehr geht es um die Bewahrung der dauerhaften Leistungsfähigkeit der kommunalen Sparkassen.“

<http://www.landkreistag.de>

(Zusammenstellung: ulj)

Produktionsstandort Bombardier Mannheim in Gefahr

Erklärung des Mannheimer Betriebsrats – Noch ist alles offen – die vorgelegten Daten sind unzureichend – wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz! (veröffentlicht im Betriebsratsinfo 4/2015)

Nach dem Schock des vom Management angekündigten Aus der Stromrichterfertigung haben wir als Betriebsrat und Klaus Stein als Vertreter der IG Metall auf der Betriebsversammlung am 16. Juli dargelegt, wie wir reagieren. Um diesen Angriff auf die Arbeitsplätze abzuwehren, müssen wir nun alle hier am Standort zusammenstehen und zusammenarbeiten.

Im Einzelnen heißt das:

Am 15. Juli informierte die Geschäftsleitung durch Herrn Doll den Wirtschaftsausschuss – ein gesetzliches Beratungsorgan mit Vertretern des Unternehmens der BT Germany und Betriebsratsvertreter verschiedener Werke in Deutschland – über die geplante Maßnahme. Hier wurde dargestellt, dass aus Auslastungs- und wirtschaftlichen Gründen eine von drei Stromrichterproduktionen in Europa geschlossen werden müsse. Die Geschäftsleitung stellt ausschließlich ein Szenario vor, das die Schließung der Produktion und deren Verlagerung nach Trapaga vorsieht. Wir, die Betriebsräte, zweifelten die Richtigkeit

der vorgelegten Daten der Wirtschaftlichkeitsberechnung bzgl. Stundensatz und Produktivität an. Außerdem monierten wir, dass nicht andere Szenarien durchgerechnet wurden – nämlich das der jeweiligen Schließung der Werke in Trapaga und Vasteras und zu guter Letzt das Szenario, dass alle drei Werke erhalten bleiben. Wir werden hierbei nicht für die Schließung anderer Produktionsstandorte eintreten. Die Geschäftsleitung sagte zu, die

fehlenden Daten bis zur nächsten Sitzung des Wirtschaftsausschusses am Freitag, 24. Juli, vorzulegen.

Wir werden die Sommerpause nutzen und zusammen mit einem Berater die Daten und die verschiedenen Szenarien prüfen. Hierbei sind wir auch auf den Sachverstand der Beschäftigten von PPC Operations angewiesen. Nach der Prüfung und nach Abschluss der Beratungen im Wirtschaftsausschuss werden wir auf örtlicher Ebene die Informations- und daran anschließend die Beratungsgespräche mit der Standortleitung aufnehmen.



Wir werden die Sommerpause nutzen und zusammen mit einem Berater die Daten und die verschiedenen Szenarien prüfen. Hierbei sind wir auch auf den Sachverstand der Beschäftigten von PPC Operations angewiesen. Nach der Prüfung und nach Abschluss der Beratungen im Wirtschaftsausschuss werden wir auf örtlicher Ebene die Informations- und daran anschließend die Beratungsgespräche mit der Standortleitung aufnehmen.

www.igmetall-bayern.de/download Automobilkonferenz: Vorträge online

Am zweiten und dritten Juli fand in Nürnberg die jährliche Automobilkonferenz der IG Metall Bayern statt. Die Vorträge dieser Fachtagung stehen nun zum Download zur Verfügung. Wie immer waren auf der Automobilkonferenz hochkarätige Referenten aus der Automobil- und Zulieferindustrie sowie Forschung und Wissenschaft vertreten. Die meisten ihrer Vorträge können ab sofort als PDF im Download-Bereich der IG Metall Bayern heruntergeladen werden. Wir bedanken uns bei den Referenten!

- **Erfindet die Automobilindustrie sich neu?** – A. Boes, ISF München
- **Google Auto und Apple car: Angriff auf die Automobilbranche?** – S. Bratzel, Center of Automotive Management
- **Die Zukunft der nachhaltigen individuellen Mobilität** – J. Weber, BMW
- **Aktuelle Entwicklungen in der Automobilindustrie und ihre Auswirkungen auf die Arbeitsplätze und Zukunftsperspektiven der Wertschöpfung in Deutschland** – F. Herrmann, IAO Fraunhofer Institut
- **Zukunft der Automobilproduktion am Standort Deutschland** – M. Baader, VDA Industrie 4.0: Wachstumsmotor oder isolierter deutscher Alleingang? – A. Schiffler, Schaeffler
- **Logistik- und Entwicklungsdienstleister in der deutschen Automobilindustrie** – R. Meißner, FAST
- **Vision Ingolstadt 2030 – Digitalisierung und Zukunft der Mitbestimmung** – P. Mosch, Gesamtbetriebsrat Audi
- **Beziehung OEM und Zulieferer: Preisbildungsmethoden der Hersteller** – M. Schwarz-Kocher, IMU Institut.

www.igmetall-bayern.de

Da wir die Absicht der Produktionsverlagerung sehr ernst nehmen, sind wir uns vollständig darüber im Klaren, dass der Betriebsrat, die IG Metall und alle Beschäftigten eng zusammenstehen müssen, damit ein öffentlicher Druck auf das Unternehmen entsteht.

Hierbei haben wir mit der außerordentlichen Betriebsversammlung am 13. Juli und deren Fortführung am 16. Juli einen guten Anfang gemacht. Neben dem Betriebsrat meldeten sich auch mehrere Beschäftigte zu Wort. Es wurde deutlich, dass nicht originär Stundensätze oder angeblich zu viele

Standorte Schuld sind an den riesengroßen Problemen von Bombardier sondern ausschließlich Missmanagement. Die Beschäftigten fragen sich zu Recht: Wenn die Produktion geschlossen wird, wann ist das Engineering an der Reihe?

Die Öffentlichkeit zeigt Interesse an der Auseinandersetzung. Parteien und gesellschaftliche Verbände sind gewillt, uns im Kampf gegen den Arbeitsplatzabbau zu unterstützen. Diesen Prozess werden wir weiter fördern. Wir lassen uns hier den Standort nicht kaputt machen.

Geplanter Stellenabbau bei Bombardier: Für den Erhalt der Arbeitsplätze in Mannheim!

Der Betriebsrat von Bombardier Mannheim erhielt zahlreiche Solidaritätsschreiben und Pressemitteilungen gegen den geplanten Stellenabbau. Von der SPD Mannheim, den Linken Mannheim, dem Bundestagsabgeordneten der Linken Michael Schlecht, von dem Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt KDA und der Katholischen Arbeitnehmerbewegung KAB, von dem Betriebsrat von ALSTOM jeweils ein

Solidaritätsschreiben, von dem Landtagsabgeordneten der SPD, Fulst-Blei, von den Grünen Mannheim und von dem Bundestagsabgeordneten der CDU Jüttner jeweils eine Pressemitteilung. Die Bundestagsabgeordneten Jüttner, Rebmann und Schlecht und die Landtagsabgeordneten Fulst-Blei und Raufelder informierten sich vor Ort beim Betriebsrat und der Geschäftsleitung.

Im folgenden das Solidaritätsschreiben der Linken Mannheim:

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit großer Anteilnahme haben wir die Nachricht aufgenommen, dass das Management von Bombardier die Produktion im Mannheimer Werk bis Mitte 2016 schließen will. Das würde das Aus für etwa 200 Arbeitsplätze bedeuten und die materielle Existenz von genauso vielen Menschen und ihren Familien in Frage stellen. Angestellte, die seit Jahrzehnten bei Bombardier beschäftigt sind und ein entsprechendes Alter erreicht haben, werden auf dem Arbeitsmarkt kaum eine Chance auf eine angemessene Neuanstellung haben. Des Weiteren hat der Abbau einer so großen Zahl von Arbeitsplätzen sehr negative Folgen für Mannheim und die Region: Es wäre ein weiterer Schritt in Richtung Deindustrialisierung des Rhein-Neckar-Raumes und der Verlust einer herausragenden Techniksparte.

Die Produktion soll in das bestehende Bombardier-Werk in der nordspanischen Kleinstadt Trápaga verlagert werden, da dort im Vergleich zu Mannheim die Lohnkosten geringer sind. Hier wird aus Gründen der Profitmaximierung eine Belegschaft gegen die andere ausgespielt. Ein solches Verhalten vonseiten des Managements halten wir für untragbar. Obwohl der Markt für Schienenfahrzeuge in Europa stabil ist, geht die Geschäftsleitung von Bombardier von einem Schrumpfen aus. Zahlreiche Länder und Städte weiten jedoch ihre Schienennetze aus und erneuern ihren Fuhrpark. Offensichtlich

soll die Belegschaft in Mannheim für die Fehler des Managements büßen.

Bombardier ist in Mannheim ein traditionsreicher und bedeutender Betrieb der Bahnindustrie.

Aktuell seien hier die Fahrzeuge der S-Bahn RheinNeckar, die Stadtbahnen der RNV GmbH, deren neuste Modelle mit MITRAC Energy Saver ausgestattet sind, sowie die neuen Elektrobusse der RNV GmbH, die mit der Primove-Technik versehen sind, erwähnt. Sie alle sind mit Technologie und Produkten aus Mannheim ausgerüstet und stehen für einen technologischen Fortschritt.

Dies alles sind Gründe, warum die Produktion der Stromrichter in Mannheim erhalten bleiben muss.

Deshalb wollen wir Euch mitteilen, dass der Mannheimer Kreisverband der Linken solidarisch zur Belegschaft, zum Betriebsrat und zur IG Metall steht. Die Verlagerung von mehreren hundert Jobs zur Profitsteigerung ist absolut inakzeptabel. Eine solche Standortpolitik auf dem Rücken der Beschäftigten lehnen wir grundlegend ab. Anstatt um den geplanten Börsengang soll sich die Firma lieber um ihre Angestellten kümmern, die mit ihrer Arbeit Bombardier zu einem festen Markennamen in der Schienenfahrzeugindustrie gemacht haben.

Wir unterstützen Euren Kampf für den Erhalt der Arbeitsplätze bei Bombardier in Mannheim. Lasst euch nicht von den Plänen der Geschäftsleitung entmutigen und bleibt hartnäckig!

Hilke Hochheiden, Kreissprecherin, und Dennis Ulas, Kreissprecher des Linke-Kreisverbandes Mannheim, 21.7.2015

Bundesbank-Chef für 3 % Lohnanstieg. FAZ, Do., 30.7.15.

Erstmals hat sich Bundesbank-Präsident Jens Weidmann direkt zur Kontroverse über höhere Löhne in Deutschland geäußert und 3 % Tarifanstieg als Richtwert genannt. Es sei „zu begrüßen, dass die Arbeitsentgelte wieder stärker steigen“, sagte Weidmann der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (F.A.Z.). „In einer Reihe von Branchen und Regionen haben wir praktisch Vollbeschäftigung, und es häufen sich die Meldungen über Arbeitskräftemangel.“ Die 3 % ergäben sich überschlagsmäßig aus mittelfristig knapp 2 % Inflation und 1 % Produktivitätswachstum, sagte Weidmann. Dies ist aus Sicht der Notenbanker der stabilitätspolitisch vertretbare Verteilungsspielraum. Zuvor hatten der Chefvolkswirt der Bundesbank und der Chefökonom der Europäischen Zentralbank höhere Löhne in Deutschland angeregt. Arbeitgeber, aber auch Gewerkschafter hatten sich hingegen eine Einmischung verboten. Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall hatte von einem „gefährlichen Ratschlag aus Frankfurt“ gesprochen.

Weselsky kämpft weiter. FAZ, So., 2.8.15.

Deutschlands streiklustige Lokführergewerkschaft kämpft jetzt in Karlsruhe um ihre Existenz. Dort klagt sie gegen das Tarifeinheitsgesetz. Claus Weselsky, der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL), hat am vergangenen Freitag beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe eine Verfassungsbeschwerde gegen das neue Tarifeinheitsgesetz eingelegt, berichtet die Sonntagszeitung. Die Gewerkschaft fühlt sich in ihrer Existenz bedroht – und hält das Gesetz für verfassungswidrig.

Athen wollte gegen deutsche Firmen vorgehen. FAZ, So., 2.8.15

Über den „Abwehrplan“ der griechischen Regierung im Falle einer Staatspleite werden weitere Details bekannt. Angeblich wollte Athen in diesem Fall gegen deutsche Konzerne wie Siemens, Lidl und Hochtief wegen Korruption ermitteln. In der Affäre um angebliche Pläne für den Fall eines Euro-Austritts Griechenlands hat Regierungschef Alexis Tsipras seinen ehemaligen Finanzminister Giannis Varoufakis in Schutz genommen. Er habe Varoufakis angewiesen, einen „Abwehrplan“ für den Fall auszuarbeiten, dass Griechenland den Euro verlassen müsse, hatte Tsipras am Freitag im griechischen Parlament gesagt. Details nannte er dabei aber nicht. Dafür berichtet die griechische Zeitung „Efimerida ton Syntakton“ nun über weitere Einzelheiten: Der griechische Alternativplan hätte offenbar auch Korruptionsermittlungen gegen deutsche Unternehmen beinhaltet ... Ziel des Plans sei es gewesen, „die Kosten für den Bruch“ für die Gläubiger zu erhöhen. *Zusammenstellung: tja*

Griechenland, Euro, EU: Für die Linke stehen Klärungen und Entscheidungen der konkreten Solidaritätspolitik noch an

12./13. Juli 2015: „Euro-Gipfel“ verabschiedete Vereinbarung zur Aufnahme von Verhandlung/n über sog. „3. Hilfsprogramm“

Am Sonntag, 5.7.2015 hatten 61,31% der GriechInnen bei einer Wahlbeteiligung von mehr als 60% mit „Nein“ gegen eine Annahme des Verhandlungsstandes vom 25.7.2015 zwischen Griechenland und seinen Gläubigern gestimmt. Bereits ab Montag, 29. Juni waren die Banken wegen Liquiditätsknappheit geschlossen worden, da die Europäische Zentralbank nicht bereit war, die sog. Ela-Notkredite ohne bestehende Vereinbarung über 90 Mrd. Euro hinaus zu erhöhen. Auf dem Euro-Sondergipfel vom 7.7.2015 hatte EU-Ratspräsident Tusk erklärt: „Es bleiben fünf Tage für eine Einigung – sonst ‚Grexit‘“. (s. Politische Berichte 7/2015, S. 3 ff).

Nach einem „Verhandlungsmarathon“ von 17 Stunden kam es am Morgen des 13. Juni zu einer Vereinbarung zwischen Griechenland und der Eurogruppe (Finanzminister der Euro-Staaten) über die Einleitung von Verhandlungen über ein sog. „3. Hilfspaket“, also über weitere mit Auflagen verbundene Kredite, in der Höhe zwischen 82 und 86 Mrd. Euro. (Deutsche Fassung der Erklärung des Euro-Gipfels vom 12.7.2015 s. unter: <http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2015/07/12-euro-summit-statement-greece/>).

Zur Durchsetzung dieses Maßnahmenpakets hatte Finanzminister Schäuble als „Alternative“ die Drohkulisse eines „vorübergehenden Grexits“ ausgemalt und die für ein Ausscheiden Griechenlands von deutscher Seite vorgesehenen Schritte dazu wohl auch bereits durch sein Ministerium planen lassen.

Zum Ausgleich ausstehender Kreditrückzahlungen an den IWF und zur Finanzierung ausstehender Kreditrückzahlungen von 7 Mrd. Euro bis zum 20. Juli und weiterer 5 Mrd. Euro bis Mitte August wurden kurzfristige Überbrückungskredite gewährt. Am 20.7. öffneten daraufhin wieder die griechischen Banken allerdings bei Fortbestand von Auszahlungsbeschränkungen und Kapitalverkehrskontrollen für Transfers in das Ausland. Am 3.8. öffnete die griechische Börse wieder, allerdings wie erwartet mit massivsten Kurseinbrüchen.

Die Vereinbarungen vom 12./13. Juli sehen unter anderem vor:

Dass Griechenland als Voraussetzung für die Verhandlungen vier So-

fortmaßnahmen durch das griechische Parlament verabschieden lässt: Die Änderung des Mehrwertsteuersystems u.a. mit Erhöhung des „normalen“ Steuersatzes für die meisten Produkte auf 23%, Reformen des Rentensystems hinsichtlich Frühverrentung und Renteneintrittsalter, Sicherstellung der Unabhängigkeit des griechischen Statistikamtes und Sicherstellung der Konsultation mit den inzwischen vier Institutionen (neu dazugekommen die Vertretung des „Europäischen Stabilitätsmechanismus“ (ESM)). Außerdem musste Griechenland nach den Statuten des ESM auch ein Hilfsgesuch an den IWF richten. (Erklärung S. 1 ff)

Eine über die bisherigen Anforderungen hinausgehende Änderung der Rentenreform, der „Öffnung“ „bisher geschlossener Berufe“ und sonstiger Marktzugangsbedingungen wurde mit der inzwischen eingetretenen weiteren Verschlechterung der griechischen Wirtschafts- und staatlichen Finanzlage begründet.

Weiter heißt es in den Vereinbarungen: „Darüber hinaus ergreift die griechische Regierung folgende Maßnahmen:

Ausarbeitung eines deutlich nachgebesserten Programms für die Privatisierung mit verbesserter Steuerung: Transfer von hohen griechischen Vermögenswerten an einen unabhängigen Fonds ... Dieser Fonds würde in Griechenland eingerichtet werden.“ Und: „Modernisierung und deutliche Stärkung der griechischen Verwaltung im Einklang mit der griechischen Regierung ...“

Zwar stellen die Vereinbarungen keinen Schuldenschnitt in Aussicht, wohl aber Maßnahmen zur Milderung der Schuldenlast: „Vor diesem Hintergrund ist die Euro-Gruppe bereit, im Zusammenhang mit einem möglichen künftigen ESM-Programm und im Geiste der Erklärung der Euro-Gruppe vom November 2012 erforderlichenfalls mögliche zusätzliche Maßnahmen (möglicher längerer Tilgungsaufschub und mögliche längere Zurückzahlungsfristen) zu erwägen, um sicherzustellen, dass der Bruttofinanzierungsbedarf auf einem tragfähigen Niveau bleibt.“ (Erklärung des Euro-Gipfels, S. 6)

In Aussicht gestellt wird auch ein Investitionsprogramm der EU von 35 Mrd. Euro („... dazu wird die Kommis-

sion eng mit der griechischen Regierung zusammenarbeiten ...“), für das gegenüber sonstigen EU-Programmen Sondermaßnahmen für Griechenland ergriffen werden sollen.

Nach Abschluss der Vereinbarungen verteidigte Tsipras die Ergebnisse: „Tsipras sprach von einem «sehr harten Kampf». Er hat nach eigenen Worten das Beste erreicht, was für sein Land möglich gewesen sei. «Wir haben einen gerechten Kampf geführt», sagte der Regierungschef am Montag nach dem Treffen in Brüssel. ...Im Hinblick auf die verlangten Reformen stehe das Land aber vor schwierigen Entscheidungen. Mit Blick auf seine Kritiker im eigenen Land sagte Tsipras: «Wir haben vermieden, dass wir finanziell erdrosselt werden und unser Bankensystem kollabiert.» Er werde nun im Inland ebenso hart kämpfen, damit die Gipfelbeschlüsse umgesetzt würden. In seinem Land seien radikale Reformen nötig, «um die alten Oligarchien loszuwerden».“ (Neue Zürcher Zeitung, 13.7.2015)

In der Nacht vom 15. auf den 16. Juli stimmte das griechische Parlament über ein erstes Reformpaket als Voraussetzung für den Verhandlungsbeginn ab, am Mittwoch, 29.7. über das zweite Paket. In den Abstimmungen war die Regierung Tsipras auf die Stimmen der Opposition angewiesen, da die Syriza-Abgeordneten der „linken Plattform“ gegen die Annahme stimmten.

„Wie das Parlamentspräsidium mitteilte, stimmten am Donnerstagmorgen (23.7., d. Verf.) 63 Parlamentarier gegen das Reformpaket. Es gab demnach 5 Enthaltungen, zwei Abgeordnete waren abwesend. Bis zuletzt hatte Ministerpräsident Alexis Tsipras darum gekämpft, potenzielle Abweichler vom linken Flügel seiner Regierungspartei Syriza auf Linie zu bringen. Im Regierungslager gab es Medienberichten zufolge von 162 Abgeordneten 36 Abweichler – bei einer Abstimmung über Änderungen im Steuer- und Rentensystem vor einer Woche waren es noch 39 gewesen.“ (Kölner Stadtanzeiger).

Nachdem sich eine knappe Mehrheit des Zentralkomitee's von Syriza gegen die Vereinbarungen ausgesprochen hatte, und Tsipras mehrere Minister wegen Gegenpositionen zu den Vereinbarungen entlassen hatte, ist nach derzeitigem Stand für September ein

Sonderparteitag von Syriza geplant.

In Summe gehen die Reformanforderungen der Gläubiger über die „letzten Angebote“ vom 25.7. hinaus und wurden als Forderung mit der einzigen Alternative „Grexit“ von den Gläubigern vorgetragen. Andererseits beinhalten sie aber – wenn auch bedeutend mehr im Vagen, als die einschränkenden Maßnahmen – Ansatzpunkte für Veränderungen.

Axel Troost (Finanzpolitischer Sprecher und stv. Parteivorsitzender, s. Dokumentation) stellt dazu fest: „Richtig ist aber auch, dass unsere griechischen FreundInnen einen anderen Aspekt stark machen: die Vereinbarung eröffnet die Möglichkeit wieder auf die Beine zu kommen. Damit wird die Absicht durchkreuzt, eine finanzielle Erdröschung umzusetzen.“

17.7.2015: Die Abstimmung im Deutschen Bundestag

Am 17. Juli stimmte der Bundestag über die Befürwortung oder Ablehnung der Aufnahme von Verhandlungen mit Griechenland über ein „3. Hilfspaket“ ab. 439 Abgeordnete stimmten dafür, 119 dagegen. Die Bundestagsfraktion der Linken stimmte bei 2 Enthaltungen mit 53 Stimmen dagegen. 9 Abgeordnete der Linken nahmen an der Abstimmung nicht teil. (Positionen zur Abstimmung s. Dokumentation) Als Argumente für ein „Nein“ der Linken im Deutschen Bundestag wurden in der Diskussion u.a. genannt:

- Man müsse die Ablehnung der Vereinbarung durch Abstimmung zum Ausdruck bringen, auch wenn man gegen die Alternative – „Grexit“ – sei.
- Tsipras habe „mit Messer am Hals“, „Pistole am Kopf“ usw. auf jeden Fall nur mit der nicht gewollten Alternative „Grexit“ vor Augen, zugestimmt. Deshalb müsse die Linke im deutschen Bundestag dagegen stimmen.
- Wer „nein“ sagt im Referendum könne jetzt nicht „ja“ sagen. (Wem sagt die Linke das? Denn genau das machte ja das griechische Parlament und offensichtlich unterstützt von der Mehrheit der griechischen Bevölkerung. Nein zum „Grexit“, „Ja“ zu Verhandlungen mit den Gläubigern.)

- Die Linke müsse zum Ausdruck bringen, was Tsipras offenbar nicht sagt oder nicht sagen könne. (Das widerspricht nun allen Erfahrungen der internationalen Öffentlichkeit mit der Politik von Alexis Tsipras. Die griechische Regierung spricht für sich selbst.)

Die Argumente für das „Nein“ sind in mehrerlei Hinsicht problematisch:

- Wie sogar der Kölner Stadtanzeiger sicher richtig vermutet, wäre das Abstimmungsverhalten der Linken Bundestagsfraktion wohl ein anderes, wenn es auf die Stimmen der Fraktion für die faktische Entscheidung des Bundestages angekommen wäre.

(Sicher hätte nicht die Mehrheit gegen Verhandlungen und für „Grexit“ gestimmt.)

- Damit aber wird die Abstimmung eher zur „Meinungsausprägung“ genutzt und weniger als Entscheidungsbeitrag in der Sache.

- Die Nein-Stimmen der Linken – vordergründig in einer Reihe mit den 60 Nein-Stimmen der CDU/CSU – sind sicher erklärungsbedürftiger als z.B. eine Enthaltung, noch dazu, da wohl die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler der Linken nach Umfragen eher mit „Ja“, aber kaum mit „Nein“ gestimmt hätten.

- Das Abstimmungsverhalten der Fraktion verdeckt mehr, als es offenlegt. Das zeigte sich kurz danach.

Neuaufgabe einer linken „Grexit“-Debatte mit Rechtfertigung durch die „Nein“-Stimmen?

Am 23.7. veröffentlichten Janine Wissler und Nicole Gohlke im „Neuen Deutschland“ einen Artikel unter dem Titel: „Die Grexit-Frage(n) stellen“. (s. Kasten). Darin argumentieren sie vereinfacht gesagt wie folgt: Die „Nein“-Stimmen seien eine Positionsänderung der Linken. Also müsse der „Grexit“ jetzt auch in der Linken neu, also „links gedacht“ werden.

Dazu hat sich im „Neuen Deutschland“ inzwischen eine lebhaftere Debatte entwickelt. Eine systematische Antwort und Kritik zur Neuaufgabe der linken „Grexit“-Debatte gibt der Beitrag von Halina Wawzyniak vom 29.7.2015. (s. Auszüge anbei).

Wawzyniak lehnt ein Zurück hinter die Beschlüsse des Europa-Parteitages von Hamburg (Februar 2014) ab. Damals hatte die Linke sich zu einem prinzipiellen Ja zur europäischen Integration und zur EU durchgerungen. Die Alternative könne also nicht lauten für „Austerität“ und gegen „Grexit“ oder umgekehrt, sondern gegen „Grexit“ und nationalstaatliche Lösung und für Veränderung der EU.

Dabei stellen sich noch eine ganze Menge programmatischer Fragen und Aufgaben theoretischer Klärungen. EU als Staatenverbund oder Bundesstaat? Wie eine Demokratisierung erreichen? Wie sollen gleiche Sozial- und Lohnstandards erreicht werden? Was ist gegen die Ungleichzeitigkeit und Ungleichmäßigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung zu tun? Wie kann eine Angleichung der Lebensverhältnisse erreicht werden? Welche Aufgaben sollen den Institutionen und Organen zugewiesen werden? Was ist von einheitlichen Steuer- und Haushalts-systemen zu halten?

Der links „gedachte“, gedrehte, ange-täuschte „Grexit“ gibt darauf nicht nur keine Antworten, er führt schon zu den falschen Fragen.

Christoph Cornides

DOKUMENTATION

ARD, 17.7.2015

17.7.2015: Abstimmung im Bundestag über Verhandlungen mit Griechenland für ein sog. „drittes Hilfspaket“

„Zwar hat der Bundestag der Regierung seine Zustimmung für Verhandlungen über das dritte Griechenland-Hilfspaket gegeben. Aber die Zahl der Nein-Sager stieg im Vergleich zu letzten Abstimmung – vor allem in den Reihen der Unionsabgeordneten.“

Das Votum des Bundestages für die Verhandlungen über die neuen Griechenland-Kredite war eindeutig: In der namentlichen Abstimmung sprachen sich 439 Abgeordnete dafür aus, 119 dagegen. Damit erhielt die Regierung das Mandat, über ein drittes Hilfspaket für Griechenland zu verhandeln.

Dennoch dürfte Bundeskanzlerin Angela Merkel nicht zufrieden über das Abstimmungsergebnis sein. 65 Abgeordnete aus der CDU und der CSU verweigerten ihr die Gefolgschaft: 60 stimmten mit Nein, fünf enthielten sich.

Die Grünen gaben ein gemischtes Bild ab: Von ihnen gab es 23 Ja- und zwei Nein-Stimmen bei 33 Enthaltungen.

Die Linkspartei als größte Oppositionsfraktion lehnte die Verhandlungen mit 53 Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen rundweg ab.“

Kölner Stadtanzeiger, 15.7.2015

Die Linke: „... deutsche Regierung antidemokratisch, antisozial und antieuropäisch ...“

Gregor Gysi hat am Mittwoch eine Erklärung abgegeben, die manche als kryptisch empfanden. Der Fraktionschef der Linken sagte mit Blick auf die am Wochenende erzielte Einigung zwischen den übrigen Mitgliedern der Eurozone und Griechenland: „Wäre ich Mitglied des griechischen Parlaments, stimmte ich heute bei schwersten Bauchschmerzen und Bedenken gegen dieses – insbesondere von meiner Regierung erpresste – Diktat, eindeutig und klar mit ‚Ja‘. Alles andere bedeutete, eine Katastrophe, eine Verelendung des griechischen Volkes hinzunehmen.“ Er fügte jedoch hinzu: „Im Deutschen Bundestag kann ich andererseits keinesfalls mit ‚Ja‘ stimmen – im Gegenteil! Ein ‚Ja‘ bedeutete, der deutschen Regierung in ihrem antidemokratischem, antisozialem und antieuropäischem Vorgehen zuzustimmen.“

... Seitdem die Eurozone Griechenland am Wochenende an den Abgrund des Grexit führte, herrscht (bei der Linken) wieder Einheit. Der designierte Gysi-Nachfolger Dietmar Bartsch sagte gestern, man könne dem Paket nicht zustimmen, weil es „auf der Basis von Erpressung zustande gekommen“ sei. Sei-

ne vermutlich künftige Co-Vorsitzende Sahra Wagenknecht sieht das genauso. Allein der Obmann der Linken im Auswärtigen Ausschuss, Stefan Liebich, sagt der Berliner Zeitung: „Der Wunsch, Nein zu der Erpressung zu sagen, ist sehr groß. Das verstehe ich. Ich halte dem aber entgegen, dass wir bedenken müssen, was passiert, wenn die griechische Regierung scheitert. Deshalb sind wir zur Solidarität nicht nur am Wahlabend verpflichtet, sondern auch dann, wenn es schwer wird wie jetzt. Ein geschlossenes Nein hielte ich persönlich für nicht überzeugend.“

.... Der Opposition kommt zugute, dass die große Koalition selbst bei vielen Abweichlern immer noch über eine satte Mehrheit verfügt. Kame es auf die Stimmen von Linken und Grünen wirklich an, sähe die Sache ganz anders aus – und um einiges dramatischer.“

Position, MdB Richard Pitterle, Die Linke 17. Juli 2015

Aus: „Persönliche Erklärung zur Griechenland-Abstimmung am 17.7.2015“

Bei der Abstimmung über den Antrag der Bundesregierung, ihr ein Mandat zur Aufnahme der Verhandlungen mit der Republik Griechenland auf der Grundlage der Brüsseler Verhandlungen vom letzten Wochenende zu erteilen, werde ich mich enthalten.

1. Für den Antrag der Bundesregierung zu stimmen ist mir nicht möglich, weil dies als Vertrauen zur Regierung gewertet werden könnte. Wegen ihres Verhaltens in Brüssel kann ich Frau Merkel und Herrn Schäuble jedoch nur mein Misstrauen aussprechen.

Die in Brüssel erzielten Verhandlungsergebnisse sind geeignet die parlamentarische Demokratie und Souveränität des griechischen Staates in unerträglicher Weise zu beschränken. ...

Der Plan von Finanzminister Schäuble eines „Grexits“ auf Zeit, der mit Wissen und Zustimmung des SPD-Vorsitzenden Gabriel in die Verhandlungen eingebracht wurde, war ein Plan zur Spaltung Europas und hat dem Gedanken der europäischen Solidarität einen großen Schaden zugefügt.

..... Die deutsche Verhandlungsstrategie in Brüssel war nicht auf einen solchen Ausgleich der Interessen, sondern auf Unterwerfung und Demütigung der griechischen Vertragspartner ausgerichtet. Es ging nie um einen fairen Ausgleich unter Berücksichtigung auch des im Referendum offenbarten Willens der griechischen Bevölkerung, sondern um die Kapitulation einer ungeliebten linken griechische Regierung.

Hierbei wurden Verpflichtungen diktiert, die nachweisbar in der Vergangenheit zum Absturz der griechischen Wirtschaft und zu einer humanitären Katastrophe geführt hatten. Sie werden die Rezession in Griechenland noch mehr vertiefen. Keine Festlegungen wurden in

Brüssel darüber getroffen, wie das teilweise in Ausland gebrachte Vermögen der vermögenden Griechen zur solidarischen Mithaftung für die Krisenlasten unter Mitwirkung aller beteiligten Länder herangezogen werden könnte. Die Millionen aus Griechenland haben in unserer Regierung eine gute Schutzmacht, denn nur die Schwächsten der Gesellschaft sollen wie bisher einseitig die Lasten der Krise tragen.

Der Inhalt und die Art der Verhandlungen durch Frau Merkel und Herr Schäuble haben dem Ansehen Deutschlands in Europa einen Bärendienst erwiesen. Wenn ein CDU-Politiker im Herrenmenschen-Ton ohne Konsequenzen oder Distanzierung durch seine Parteiführung anschließend verkünden darf „Der Grieche hat genug genervt“, dann werden bei Völkern, die in der Geschichte schon einmal Objekte des deutschen Hegemoniestrebens waren ungute Erinnerungen an frühere Zeiten wach.

Ich schäme mich als Mitglied des Deutschen Bundestags für dieses Verhalten.

2. Wenn ich heute nicht mit NEIN stimme, dann deswegen, weil ein Antrag der griechischen Regierung auf Kredithilfen und Überbrückungskredit vorliegt. Die Verhandlung darüber will und kann ich nicht ablehnen. Auch will ich der griechischen Regierung nicht besserwisserisch in den Rücken fallen, die in dem von ihr gestellten Antrag beim gegebenen Kräfte- und Machtverhältnis auf europäischer Ebene die einzige Möglichkeit sieht, einen „Grexit“ und dadurch einen Schaden von den ärmsten Schichten ihrer Bevölkerung abzuwenden.

Ein NEIN könnte interpretiert werden als sei ich gegen Solidarität und Hilfe für Griechenland. Ich bin jedoch für eine Hilfe, aber eine die das Wachstum fördert, die das Land aufbaut und dem Land hilft eine effiziente Steuerverwaltung aufzubauen, um dort Steuergerechtigkeit herzustellen.

([www.pitterle.die-linke-bw.de/index.php?id=5536&tx_ttnews\[tt_news\]=17175&tx_ttnews\[backPid\]=5530&cHash=10b184d1c6](http://www.pitterle.die-linke-bw.de/index.php?id=5536&tx_ttnews[tt_news]=17175&tx_ttnews[backPid]=5530&cHash=10b184d1c6))

Aus: „Chance auf eine lebenswerte Zukunft oder Grexit“

Erklärung Axel Troost, finanzpolitischer Sprecher, stv. Parteivorsitzender, MdB Die Linke, 16.7.2015

Die Verhandlungen und das Ergebnis zwischen der griechischen Linksregierung und den Gläubigern der Euro-Gruppe zeigten überdeutlich das vollständige Fehlen demokratischer Skrupel unter den angeblichen Verteidigern der europäischen Demokratie.

Die weitgehende Missachtung der demokratischen Kultur zeigt sich auch in der Rückkehr der Institutionen (Troika) in das Innere des griechischen Verwaltungs- und Staatsapparates. Griechenland ist für den Zeitraum des dritten Hilfsprogramms auf den Status eines Protektors zurückgestuft. ... Daserziel-

te Verhandlungsergebnis ist ohne jeden Zweifel ein brutales Austeritätspaket, das an jenes der willfährigen Vorgängerregierungen anknüpft, es teilweise sogar noch verschärft. Die breite Empörung über den harten Kurs der Gläubiger ist allzu berechtigt. Ich verstehe die Wut über die gnadenlose Erpressungspolitik seitens der Gläubiger und die Enttäuschungen über die nahezu aussichtslose Situation der griechischen Linkspartei und Regierung. Ich sehe daher die Berechtigung gerade der deutschen Bundesregierung und der großen Koalition mit einem verachtenden NEIN entgegenzutreten.

Richtig ist aber auch, dass unsere griechischen FreundInnen einen anderen Aspekt stark machen: die Vereinbarung eröffnet die Möglichkeit wieder auf die Beine zu kommen. Damit wird die Absicht durchkreuzt eine finanzielle Erdröselung umzusetzen. Ein Plan, der von extrem antieuropäischen Kräften vorbereitet und dessen Realisierung bereits mit dem Ziel begonnen worden war, das Land in noch größeres Elend und aus der Eurozone zu treiben sowie ihre Vision eines völlig andersartigen Europas zu realisieren.

Es geht eben nicht um Konkursverschleppung zulasten der europäischen SteuerzahlerInnen, sondern um den Einstieg in einen demokratischen Umbau der Euro-Systems. Beabsichtigt war: durch den massiven Abzug von Bankeinlagen und zuletzt die erzwungene Schließung der Banken die griechische Gesellschaft an und in den Abgrund zu reiben. Mit der Vereinbarung sind die Kosten für die griechische Bevölkerung immens gestiegen. Laut der jüngsten Schätzung könnte das BIP 2015 um 2 bis 4% sinken, und jeder Tag, an dem die Banken geschlossen bleiben, erhöht den Schaden.

In dieser Situation hat sich das Land und seine Regierung eine Perspektive erkämpft: es sind viel größere Summen für die mittelfristige Finanzierung von den Gläubigern zugebilligt worden – vorbehaltlich der erfolgreichen Umsetzung der einzelnen Teile des Austeritätspakets. Die griechische Linksregierung hat eine Chance unter Rückgriff auf Investitionsmittel aus EU-Fonds sich auf einen Wachstumspfad zurück zu kämpfen. „Zur Unterstützung von Wachstum und der Schaffung von Arbeitsplätzen in Griechenland (in den kommenden 3 bis 5 Jahren) wird die Kommission eng mit der griechischen Regierung zusammenarbeiten, um bis zu 35 Mrd. Euro (im Rahmen verschiedener Programme der EU) zur Finanzierung von Investitionen und der Wirtschaftstätigkeit, einschließlich von KMU, zu mobilisieren. Die Kommission wird als eine Ausnahmemaßnahme aufgrund der einzigartigen Lage Griechenlands den Gesetzgebungsorganen der EU vorschlagen, die Höhe der Vorfinanzierung um 1 Mrd. Euro aufzustocken, um einen sofortigen Anschlag für Investitio-

nen zu geben. Auch der Investitionsplan für Europa wird Finanzierungsmöglichkeiten für Griechenland vorsehen.“ ...

Ja, es gibt keine Garantie für einen Erfolg. Selbst die IMF-Ökonomen bezweifeln, dass Griechenland in den kommenden Jahren im Haushalt regelmäßig einen Primärüberschuss von 3,5 Prozent erwirtschaften kann. In der Vergangenheit hätten das nur wenige Länder geschafft. Gleichwohl gibt es die Chance. Hier gilt die Erkenntnis, wernicht kämpft hat grausam verloren. Es besteht bei allen harten Auflagen und Reglements die Chance, dass die Linksinregierung ein Wachstumsprogramm auf den Weg bringen kann.

Die Vereinbarung auf dem Euro-Gipfel skizziert den Weg und den Zeitplan zu konkreten Verhandlungen. Es kann sich immer noch herausstellen, dass die Verhandlungen nicht zu einem Ende kommen. Es gibt viele politische Hindernisse und schwierige Fragen wie die so genannte Brückenfinanzierung von 12 Milliarden Euro bis zum 20. August 2015. ...

Mit dieser Vereinbarung ist zwar vorerst der von Teilen der europäischen Eliten, vor allem sehr stark aus Deutschland, geforderte Grexit (Ausscheiden Griechenlands aus dem Euro) vorerst gebannt, aber nicht vom Tisch. Minister Schäuble hatte die Grexit-Option ins Spiel gebracht, „weil es viele Menschen gibt, auch in der Bundesregierung, die ziemlich viel Überzeugung haben, dass das (...) die sehr viel bessere Lösung wäre.“ Schäuble verfolgt die Option des Grexits weiter. Zu den Verhandlungen über die Brückenfinanzierung hat er den Einsatz von Schuldscheinen ins Spiel gebracht. Der Staat könnte solche Scheine ausgeben, um die Löhne seiner Beamten und Angestellten zu begleichen, die Renten zu überweisen und Lieferungen zu zahlen: eine Art Staatsanleihe, aber ohne Zinsen. So könnte die Regierung die Zeit überbrücken, die es dauert, bis sie die Reformen angestoßen hat und die Milliarden eines dritten Hilfspakets fließen. Dieser Vorschlag zur Schaffung einer zeitweisen Parallel-Währung kommt dem Beginn des Grexit gleich.

Das ernüchternde Verhandlungsergebnis ist auch Ausdruck eines gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses in Gesamteuropa, das deutlich nach rechts verschoben ist. Die oftmals lautstark verkündete begleitende Solidarität der europäischen und auch der deutschen Linken hat nicht ansatzweise die Kraft entwickeln können, die die Handlungsoptionen der Regierungen hätte beeinflussen können. Die griechische linke Regierung hat demnach allein agieren müssen und nun ein Ergebnis erzielt, das diesem Kräfteverhältnis entspricht. Angesichts dieser Situation die unverzichtbare Kritik an der Politik der Bundesregierung zugleich mit dem Vorwurf an die griechische Linksinregierung einer „Konkursverschleppung“ zu verknüpfen, ist absurd. Die Mehrheit von

Syriza betreibt keinen Konkursbetrug, sondern verfolgt die kleine, aber nicht völlig unrealistische Chance über ein Anstoßen des Wirtschaftswachstums das Austeritätsregime und den Protektoratsstatus abschütteln zu können.

Ich halte es für politisch unverantwortlich, in dieser Situation erneut einen freiwilligen, lange unvorbereiteten Grexits als Alternative oder Plan B zu propagieren.

Der griechische Ministerpräsident hat zu Recht darauf hingewiesen, die Vereinbarung sei auf Druck starker Staaten auf Griechenland zurückzuführen. Diese Art und Weise der Druckausübung „ehrt nicht die Tradition Europas“. Nun muss Syriza zusehen, aus der Situation das Beste zu machen. Denn Syriza hat alles versucht und jede Alternative ohne Syriza käme nur unter Beteiligung gruseligster Kräfte zustande. Noch in diesem Jahr werde es eine Diskussion über die Umstrukturierung des Schuldenberges sowie ein Investitionsprogramm von 35 Milliarden Euro geben. Diese Maßnahmen könnten „einen Grexit endgültig abwenden und die Voraussetzungen für Wachstum“ in Griechenland schaffen.

Man kann skeptisch sein, ob diese Chance der Linksinregierung erfolgreich genutzt werden kann. In dieser Situation allein schon den Versuch als Konkursverschleppung zu denunzieren, ist ein wenig überzeugendes Manöver an die vorherrschende Stimmung gegen die griechischen Reformen andocken zu wollen. Solcher Populismus erhöht unsere Glaubwürdigkeit nicht.

(www.axel-troost.de/article/8584.chance-auf-eine-lebenswerte-zukunft-oder-grexit.html)

(Axel Troost hat, wie er in einer gesonderten Erklärung begründet, am 7.7.2015 aus Gründen der Einheitlichkeit der Abstimmung der Fraktion mit „Nein“ gestimmt – Ch.C.)

Neue „Grexit“-Debatte nach Abstimmung im Bundestag angezettelt – Aus: Diskussion im Neuen Deutschland seit 23.7.2015

„Die Grexit-Frage(n) stellen“ von Janine Wissler und Nicole Gohlke, 23.7.2015

(Janine Wissler ist Fraktionsvorsitzende der Linken im Landtag von Hessen und Vizevorsitzende der Linkspartei. Nicole Gohlke ist Bundestagsabgeordnete der Linken und Mitglied im bayerischen Landesvorstand der Partei.)

„Die Linksfraktion hat das neue Austeritätsprogramm für Griechenland am 17. Juli im Bundestag mit 53 Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen abgelehnt und damit deutlich „OXI“ gesagt zur Erpressung der griechischen Regierung durch Merkel, Schäuble und Gabriel. Dies mag nicht ungewöhnlich klingen, bedeutet aber – wenn wir ehrlich sind – eine Neubestimmung unserer Position, da noch im Februar der überwiegende Teil unserer Fraktion mit „Ja“ und nur wenige mit Enthaltung oder mit „Nein“ gestimmt haben. ...

Für uns muss sie Anlass sein, die zent-

ralen Prämissen der letzten Monate, also unser grundsätzliches „Ja“ zur EU und zum Euro und das kategorische Nein zum Austritt aus dem Euro, und somit unsere politische Strategie als linke Partei zu überdenken. Gerade in der Europäischen Linkspartei stehen wir in der Verantwortung, diese Frage gemeinsam mit unseren GenossInnen in ganz Europa und vor allem in Griechenland zu diskutieren und sie in dieser schwierigen Situation nicht alleine zu lassen. ...

Wir sollten uns also trauen, die letzten Monate kritisch zu reflektieren, die Frage eines Austritts Griechenlands aus dem Euro als Alternative zu diskutieren und gemeinsam versuchen, die aktuelle Niederlage und die Bedeutung des „OXI“ zu begreifen. ...

Aber es konnte (und musste vielleicht) so weit kommen, weil die zentralen Prämissen der politischen Strategie seitens der griechischen Regierung – nämlich die Notwendigkeit des Verbleibs im Euro bei gleichzeitiger Ablehnung der Austeritätspolitik – am Ende keinen anderen Ausweg zugelassen haben, als das Diktat von Merkel und Schäuble zu unterschreiben.

Den Grexit von links denken? ...

Seine Attraktivität bezieht der linke Grexit aber vor allem aus der Alternative zu ihm: Ein Verbleib in der Eurozone bedeutet für Griechenland die Garantie auf weitere Kürzungen und Verelendung, die faktische Aufgabe demokratischer und parlamentarischer Kompetenzen und stellt SYRIZA vor eine Zerreißprobe. Er zwingt die SYRIZA-Regierung nun – zumindest vorläufig – dazu, statt zur Beenderin der Austeritätspolitik zum ausführenden Organ der Diktatur der Troika zu werden. ...

Ein solcher Schritt bedeutet für die politische Verantwortlichen natürlich ein schwer kalkulierbares Risiko. Die Sorge, dies politisch verantworten zu müssen, würde einen Aufbruch ins Ungewisse von Anfang an begleiten. ...

Wollen die GriechInnen einen Plan B?

Die Botschaft, dass das „OXI“ beim Referendum dennoch mit 61 Prozent klar gewonnen hat, wird noch dadurch verstärkt, dass es einen deutlichen Zusammenhang zwischen sozialer Stellung und Abstimmungsverhalten gab: Die finanziell Schwachen und Abgehängten haben mit sehr großer Mehrheit gegen das Abkommen gestimmt. Daher lässt gerade die Volksabstimmung in Griechenland darauf schließen, dass der unbedingte Verbleib im Euro keineswegs ein Ziel der Mehrheit der Bevölkerung ist, sondern vor allem ein Projekt der herrschenden und besitzenden Klassen. ...

Die Verantwortung für den Fehler, keinen Plan B vorbereitet und um gesellschaftliche Mehrheiten hierfür gerungen zu haben, trifft aber nicht SYRIZA alleine – sie trifft die gesamte Europäische Linke genauso. Wir alle müssen kritisch reflektieren, dass wir uns dem letzten

Mittel, nämlich dem Bruch mit den Institutionen und der Euro-Zone bislang nicht gestellt und uns dem Szenario eines selbstbestimmten Grexits von links – und sei es nur als Denkfigur – verweigert haben. ...

You can't be pro-EU and anti-austerity ...

Vielversprechender erscheinen uns die (noch zu wenig gemeinsamen) Kämpfe in Europa gegen die Politik der Austerität und für bessere Lebensbedingungen. Dabei geht es überall auch um den konkreten Kampf gegen alte und neue Formen des Faschismus und Rassismus, gegen Pegida in Deutschland, den Front National in Frankreich oder die Goldene Morgenröte in Griechenland. ...

Nach der Unterwerfung Griechenlands unter das Diktat der Institutionen ist es unwahrscheinlich und unangemessen zu erwarten, dass sich die GenossInnen in der Europäischen Linken weiterhin positiv auf den Euro oder die EU beziehen, denn die Mitgliedschaft in der Eurozone hat sich als Erpressungsinstrument für die Durchsetzung von Austeritätspolitik entpuppt. ...

Eine Lehre aus der Niederlage ist, die Prämissen unserer eigenen Politik zu überdenken und den Bruch zu wagen. Den Bruch mit einer EU, die Nationalismus, Abschottung und imperialistische Konflikte stärkt und nicht überwindet, den Bruch mit einer rein parlamentarischen Politik, die Parteien auf Wahlvereine und Parlamente auf die Durchsetzung der Interessen von Lobbygruppen reduziert. Wenn wir die deutsche Bundesregierung unter Druck setzen, ist das die wichtigste Solidarität, die wir den Menschen in Griechenland anbieten können.“ (www.neues-deutschland.de/artikel/978846.die-grexit-frage-n-stellen.html)

Aus: Neues Deutschland, 29.7.2015

Ein Beitrag zur Europa-Debatte von Halina Wawzyniak (MdB die Linke)

„Kein Weg“ ist Politik nach dem TINA-Prinzip – Die Linke sollte grundsätzlich Ja zur EU sagen, den Anspruch aber stärker verfolgen, diese zu verändern.

Die Bundestagsabgeordnete Nicole Gohlke und die stellvertretende Parteivorsitzende der Linken, Janine Wissler, haben auf „nd“ einen längeren Artikel unter der Überschrift „Die Grexit Frage(n) stellen“ veröffentlicht. Es handelt sich um einen neuerlichen Debattenbeitrag aus meiner Partei zur aktuellen Situation in Griechenland und der Europäischen Union (EU). ...

Ein „Ja zur EU“ zu überdenken heißt unser „Ja“ grundsätzlich in Frage zu stellen und fördert eine Debatte, wie wir sie vor dem Hamburger Parteitag 2014 geführt haben. Und das wiederum bedeutet auch den Gedanken der Europäischen Integration in Frage zu stellen. Es bedeutet sich der Auseinandersetzung um die aktuelle EU, an der Die Linke zurecht erhebliche Kritik hat, zu entziehen. Sie

stellt sich damit auch außerhalb des politischen Diskurses und politischer Kämpfe in Europa. Es bedeutet, sich keine Gedanken mehr zu machen wie eine andere EU aussehen kann und wie es möglich sein wird dafür Mehrheiten zu gewinnen. Es bedeutet am Ende sich wieder auf den Nationalstaat zu konzentrieren. Ein Herrschaftskonstrukt, welches ich in Frage stelle. ...

Die Begründung ihrer Position leiten die Autorinnen aus den vergangenen sechs Monaten ab. Dafür muss ausgerechnet das mehrheitliche Fraktions-„Nein“ bei der Griechenlandabstimmung am 17. Juli 2015 im Bundestag herhalten. ...

Als ein Mitglied der Fraktion, die im Februar 2015 mit „Ja“ und im Juli 2015 mit „Nein“ gestimmt hat, finde ich gerade nicht, dass eine Neubestimmung unserer Positionierung zur EU daraus zwingend notwendig ist. Richtig ist, dass die Begründungen für das jeweilige Abstimmungsverhalten im Februar 2015 unterschiedlich waren. Nicole Gohlke enthielt sich damals und erklärte zu ihrem Abstimmungsverhalten: „Das Programm trägt leider nach wie vor in großen – für mich in zu großen – Teilen die Handschrift der Troika. Ich befürchte die Fortsetzung der Austeritäts- und Kürzungspolitik auf Kosten der griechischen Bevölkerung. ...“ ...

Nach ihrer Ansicht gäbe es keinen Weg, welcher die Notwendigkeit des Verbleibs im Euro bei gleichzeitiger Ablehnung der Austeritätspolitik ermögliche. Wenn dem so wäre, würde dies zunächst einmal auf die derzeitige EU, nicht aber auf die EU generell zutreffen. Gibt es aber wirklich keinen anderen Weg oder wird hier „kein Weg“ synonym für „keine anderen Mehrheitsverhältnisse“ verwendet? „Kein Weg“ ist Politik nach dem TINA-Prinzip. TINA steht für: there is no alternative (Es gibt keine Alternative). ...

Im Rahmen eines „Was-Wäre-Wenn-Diskurses“ lässt sich gut fachsimpeln, ob unter anderen Bedingungen diese Frage immer noch so widerspruchsfrei gestellt hätte werden können. ...

Die Autorinnen sehen ob der Übernahme der Entscheidungsfrage Austerität oder Verbleib im Euro nun den Ausweg in einem Grexit von links. ...

Da ist sie wieder die TINA-Politik. Statt eine Strategie zu entwickeln, wie das Eintreten dieses Szenarios verhindert werden kann – die Auseinandersetzung läuft aktuell – wird der Kopf in den Sand gesteckt. Ja, die derzeitigen Pläne sehen keine Beendigung der Austeritätspolitik in Europa und damit auch in Griechenland vor. Aber an den derzeitigen Plänen wird sich nichts ändern, wenn den Herrschenden das Spielfeld überlassen bleibt. Und es kann doch nicht ernsthaft die Alternative sein ...

War es nicht der Schäuble-Plan, einen zeitlich begrenzten Grexit umzusetzen? Ein Stück Verelendungstheorie. Der Verelendung durch die Troika halten die

Autorinnen nun selbst eine (kurzfristige) Verelendung und Verwerfung ohne Troika entgegen. Hier ist die Scheidelinie zwischen mir und den Autorinnen. ...

Wissenden Auges eine Verelendung von Menschen in Kauf zu nehmen, für die Option, es werde irgendwann besser, ist nicht meine Art von Politik. Zuerst muss es immer darum gehen Verelendung abzuwehren. Und um die Verelendung vieler abzuwehren ist eben eine andere EU nötig und nicht die Rückbesinnung auf den Nationalstaat. ...

Die Linke hat immer wieder betont, wie wichtig eine Sozialunion ist. Will eine linke Partei an dieser Stelle mit Mitstreiter/innen Forderungen oder Bedingungen formulieren oder will sie sich wegduckeln und sagen, das ist alles nichts für uns? ...

Es kann meines Erachtens nicht darum gehen das „grundsätzliche Ja zur EU“ in Frage zu stellen. Es muss vielmehr darum gehen endlich zu untersetzen, wie wir uns eine EU grundsätzlich und gegen das Diktat nationalstaatlicher Regierungen vorstellen. Das ist eine konsequente Kritik und ein Bruch mit der derzeitigen EU. Im Wahlprogramm zur Europawahl 2014 hieß es: „Die Linke will die Europäische Union zu einer wirklichen Solidargemeinschaft entwickeln. Wir treten für ein europäisches Sozial- und Solidarsystem ein, durch das der Wert eines gemeinsamen europäischen Handelns für die in der EU lebenden Menschen sichtbar wird.“ ...

Aber was ist ihre Alternative. Nach dem was geschrieben steht eben keine andere EU, sondern ein Zurück zum Nationalstaat. Dazu wird noch ein Bruch mit rein parlamentarischer Politik gefordert. Nur, wer macht denn bitte rein parlamentarische Politik? Welcher Pappkamerad wird denn hier aufgebaut. Liegt es nicht an den jeweiligen Parteien selbst, wenn sie sich auf Wahlvereine reduzieren? Ist die Reduzierung des Parlaments auf die Durchsetzung der Interessen von Lobbygruppen nicht eine Frage der Mehrheitsverhältnisse? Was wäre eigentlich so schlimm daran, wenn die Lobbygruppen der Erwerbslosen, der Friedensbewegten, der Bürgerrechtsorganisationen und der Flüchtlingsinitiativen ihre Interessen durchsetzen würden? ...

Im Wahlprogramm zur Europawahl 2014 heißt es:

„Die Alternative ist nicht der Rückzug aus der Union, sondern der Kampf um ihre Veränderung.“ Und im Parteiprogramm heißt es: „... werden wir weiter für ein demokratisches, soziales, ökologisches und friedliches Europa kämpfen.“

Ich finde das genau den richtigen Weg und deshalb will ich das grundsätzliche Ja zur EU nicht in Frage stellen. Ich würde lieber daran arbeiten, dass es eine andere EU wird. Demokratisch, friedlich und sozial gerecht.

(www.neues-deutschland.de/artikel/979457.kein-weg-ist-politik-nach-dem-tina-prinzip.html)

Le Village

Regie: Philippe Triboit, Olivier Guignard,
Autor: Frédéric Krivine. Musik Eric Neu-
veux. Produktion : France 3

Überleben unter deutscher Besatzung

Das Institut Français hat im Mai und Juni 2015 in der Filmhochschule (FH) München die deutsche Fassung der französischen TV-Serie gezeigt, die seit 2009 in France 3 läuft. Die Serie, die bisher aus sechs Staffeln besteht, soll fortgesetzt werden. Die deutsche Fassung wird ab dem 4. September bei Sony Entertainment TV jeden Donnerstag um 20.15 Uhr zu sehen sein.

Der Untertitel „Überleben unter deutscher Besatzung“ weist auf die dramatischen Ereignissenachder Okkupation Frankreichs durch die deutsche Wehrmacht hin. Nach dem Waffenstillstand vom 22. Juni 1940 wurde Frankreich in eine besetzte Zone und eine freie Zone aufgeteilt. Die Demarkationslinie verlief quer durch Frankreich und weiter entlang der Atlantikküste bis nach Bordeaux. Die Vichy-Regierung residierte in der freien Zone. Le Village spielt in Villeneuve, einem fiktiven Ort im Jura in der Nähe der Demarkationslinie, eher eine Kleinstadt als ein Dorf. Um in die Südzone zu gelangen, war ein Dokument notwendig, was bürokratischen Aufwand und eine willkürliche Handhabung bedeutete. Wie nicht anders zu erwarten, entwickelte sich ein illegaler Grenzverkehr, den die Nazis mit drastischen Maßnahmen zu unterbinden suchten. Das Thema der Grenze spielt eine wichtige Rolle in den einzelnen Episoden.

Die Geschichte der Okkupation, das Leben unter der Nazidiktatur, wird anhand von vielen Einzelschicksalen erzählt. Aus einer Vielzahl von Charakteren entsteht das Bild der Gesellschaft eines Orts, mit dem sich in Frankreich viele Menschen identifizieren können. Personen wie Daniel, der Arzt und Bürgermeister, Raymond, der Sägewerksbesitzer oder Lucienne, die junge Lehrerin, gewinnen im Lauf der Folgen ein immer schärferes Profil. Die Konflikte, mit denen sie zu kämpfen haben, werden glaubhaft und lebensnah erzählt.

Manche Episoden sind mit Spannung aufgeladen, andere plätschern eher dahin. Die deutschen Militärs errichteten mit den Kollaborateuren aus der französischen Polizei eine Schreckensherrschaft vergleichbar mit dem Terror der Gestapo in Deutschland. Autoritäres Denken und Führerkult unter Vichy werden lächerlich gemacht: Die Kinder der Grundschule müssen Aufsätze



schreiben, die Pétain verherrlichen sollen. Gezeigt werden auch sympathische Deutsche, wie der junge Soldat, der in Lucienne verliebt ist.

Esmenschelt sehr in der Gesellschaft von Villeneuve, Liebe und Politik vermischen sich ständig. Ab dem 11. Mai 1941 werden auch in der Provinz jüdische Bürger verfolgt, verhaftet und deportiert. Jean, ein französischer Polizeibeamter, der in Le Village eine zwielichtige Rolle spielt, wird mit der Razzia beauftragt. Ausländische Juden, gleich wie lange sie bereits in Frankreich leben, werden verhaftet. Jean, Kollaborateur und Karrierist, ist dieses Mal nicht einverstanden und akzeptiert die falschen Papiere zweier Frauen. Die Szene ist sehr komisch und Jean wird auf einmal sympathisch. Als ungeplant ein Zug mit deportierten Juden in Villeneuve stehen bleibt und die Menschen untergebracht werden müssen, beweisen Daniel und einige andere Einwohner von Villeneuve Zivilcourage und versuchen zu helfen. Antisemitische Äußerungen mancher Bürger von Villeneuve lassen ahnen, wie stark in der Rechten in Frankreich fanatische Antisemiten vertreten waren.

Das Netz der Résistance, das sehr bald nach der Invasion der Deutschen in ganz Frankreich aufgebaut wurde und in Verbindung zu de Gaulle in London stand, war auch in Villeneuve aktiv und wurde von Menschen ganz unterschiedlicher Herkunft und politischer Zugehörigkeit unterstützt, die sich akuter Lebensgefahr aussetzten. Die Geschichten um die Mitglieder oder Sympathisanten der Résistance halten die Zuschauer in Atem. Die Postangestellte handelt aus ihrem patriotischen Gefühl heraus, während Marcel sich als Kommunist zunächst nach den politischen Vorgaben der KP richtet. Er ist Vater des kleinen Gustave, dessen Schicksal exemplarisch für das vieler Kinder im Krieg steht, er verliert seine Mutter, Marcel landet im Gefängnis. Gustave versteht die Welt nicht mehr.

Ist es zu empfehlen, die Serie Le Vil-

lage einzuschalten, wenn sie ab September bei Sony Entertainment TV gezeigt wird? 2015, siebzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, haben die Fernsehzuschauer bereits eine Menge Produktionen vorwiegend aus USA gesehen, die sich mit der Geschichte aus der Perspektive der Menschen eines Orts oder mit Einzelschicksalen befassen. Zu erinnern ist an Holocaust (1978), die amerikanische TV-Serie, die viele Fernsehzuschauer erstmals mit dem Holocaust konfrontierte und Anlass bot, sich mit der Nazi-Vergangenheit zu beschäftigen.

Le Village stellt die Frage, was die Deutschen über die Geschichte Frankreichs im Zweiten Weltkrieg wissen und was sie z.B. mit dem Thema der Okkupation verbinden. Nach der Landung der Alliierten 1944 und der Befreiung von Paris im August 1944 wurden de Gaulle und die Résistance gefeiert. Pétains Regierung, in Sigmaringen, vorher in Vichy, und die Kollaborateure, die bei der Okkupation die Nazis aktiv unterstützten, wurden als Schandfleck gebrandmarkt und vor Gericht gestellt. Le Village erinnert daran, welches Chaos der Waffenstillstand und die folgende Naziinvasion in Frankreich auslösten. Die Frage, wie es zu der Niederlage Frankreichs im Mai 1940 kam und wie der Waffenstillstand am 22. Juni zu beurteilen ist, beschäftigt die Historiker bis heute intensiv (zu empfehlen Julian Jackson, La France sous l'Occupation, 2004, Flammarion). In der Serie Le Village geht es um die moralische Verantwortung des Einzelnen, einmal abgesehen von den durch die Okkupation geschaffenen Tatsachen. Die Geschichten der Serie lassen sich als moderner Geschichtsunterricht verstehen, bei dem Augenzeugen zu Wort kommen. Helden des Alltags und Versager, Gute und Böse. Mitläufer, die in Deutschland die schweigende Mehrheit bildeten, sind nicht das Thema der Serie, sondern Menschen, die in das Geschehen hineingezogen werden und sich entschließen zu handeln.

Ulla Varchmin

Was ist der Stand bei den Freihandelsabkommen? • „Technische Unterstützung des Prozesses Internetbearbeitung“ per Gesetz das Handwerk legen • Die Welt der Panzer

Erdogans Putsch in der Türkei

Man hätte mit der PKK Frieden schließen können ...

Willkommenskultur? Nicht für alle und nicht überall

Ansprache von Romani Rose, Zentralrat Deutscher Sinti und Roma, am 2. August 2015 in Auschwitz-Birkenau

Auslandsnachrichten

Sozialkonflikt in Finnland • Schweiz: 15 000 Bauarbeiter auf der Straße • Gute Idee: „Fair Hotels Kroatien“ • Türkei: Streikwelle • Algerien: Streik bei Straßenbahnen • Jordanien: Streikende Arbeiter festgenommen • Kirgisistan: Änderungen Arbeitsgesetzgebung • Iran: Freiheit für Esmail Abdi! • Malaysia: Fluggesellschaft entlässt Tausende • T-Mobile USA: Petition an Bundestag • Chile: U-Bahn-Streik in Santiago

Aktionen ... Initiativen

Atomwaffen bedrohen seit 70 Jahren unsere Zivilisation • Auf Achse für Frieden, Abrüstung und ein ziviles Europa! • Atomausstieg 2015 – gehen ohne Atomkraftwerke die Lichter aus? • Für Aldi produziert, jetzt ohne Lohn – Arbeiterinnen in Bangladesch protestieren gegen Fabrikschließung • Geflüchtete protestieren gegen Zustände in Dresdner Zeltlager

Personalvorschlag des Landesvorstandes für die Spitzenkandidatur der Linken in Baden-Württemberg

Linke: Sanktions-Moratorium beim JobCenter Mannheim!

Mangelnde Sensibilität bezüglich Rassismus im Landgericht München

Kommunale Politik

Unsoziale Mietenpolitik der SAGA GWG beenden: Hamburg. • Dortmunds Haushaltloch wird größer • Protestcamp für eine solidarischere Stadt begrüßenswert: Frankfurt a.M. • Aus der Bürgerschaft berichtet: Weservertiefung. Bremerhaven. • Mittel für Betreuungsgeld im System der Kindertagesbetreuung belassen: Berlin. • Berufsschule zum Kompetenzzentrum für die berufliche Bildung von Flüchtlingen • Sparkassen sind keine Renditebeschaffer für die Kommunen: Berlin.

Produktionsstandort Bombardier Mannheim in Gefahr

Wirtschaftspresse

Griechenland, Euro, EU: Für die Linke stehen Klärungen und Entscheidungen der konkreten Solidaritätspolitik noch an

DOKUMENTATIONEN

Le Village: Überleben unter deutscher Besatzung

Neu erschienen bei Rosa Luxemburg Stiftung

Wir möchten auf zwei Neuerscheinungen bei der Rosa Luxemburg Stiftung hinweisen, die wie immer kostenlos als PDF-Datei heruntergeladen werden können: www.rosalux.de.

Die Östliche Partnerschaft der EU kritisieren und sie sich neu aneignen

Von Judith Dellheim und Frieder Otto Wolf

In den Institutionen der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsländer wird gegenwärtig eine strategische Debatte über die EU-Nachbarschaftspolitik geführt. In Deutschland geschieht dies vielfach im Kontext mit der Neubewertung der Außenpolitik, einschließlich des Auftrages für die Bundeswehr (neues Weißbuch). Hier (und in der EU insgesamt) ist die politische Öffentlichkeit bisher kaum wahrnehmbar an diesen Debatten beteiligt. Aber gerade kritische politische Kräfte mit einem emanzipativen und solidarischen Anspruch wollen doch etwa „die Friedensbewegung stärken“ und „Europa verändern“. Das kann heute ganz konkret vorangetrieben werden durch eine Auseinandersetzung mit dem strategischen Projekt der Östlichen Partnerschaft (ÖP), in dem sich auf einer scheinbar rein administrativen Ebene die Konturen einer imperialen Neubestimmung der Politik der EU abzeichnen.

Im Beitrag werden zu diesem Zwecke, im Ausgang von dem offiziellen, erklärten Verständnis der ÖP, wie es in EU-Dokumenten greifbar ist, zwei Thesen so diskutiert, dass auf ein aktives Handeln orientiert wird, das auf dem Prinzip der Gleichheit der Beteiligten basiert.

1. Die ÖP ist wesentlich als ein strategischer Bereich einer zwar widersprüchlich, aber doch ungebrochen fortschreitenden neoliberalen Politik zu begreifen. Sie hat demgemäß nicht etwa, wie es ihr erklärtes Ziel ist, die Probleme im Zusammenleben der Menschen (in den Partnerländern und in der EU selbst) vereinfacht, gemindert und besser lösbar gemacht, sondern diese vielmehr weiter verkompliziert, vermehrt und zugespitzt.

2. Die kritischen politischen Kräfte, denen es um Emanzipationsprozesse und um Solidarität geht, können in der Auseinandersetzung mit der ÖP ihren eigenen Anteil an der bisherigen Entwicklung der realen Probleme begreifen, auf die die ÖP als solche

reagiert, und dadurch lernen, ihrerseits realitätstüchtige politische Handlungsmöglichkeiten aufzubauen.

Aufstand der „Wutbürger“

AfD, Christlicher Fundamentalismus, Pegida und ihre gefährlichen Netzwerke. Dokumentation des Gesprächskreises Rechts zu den Treffen in Halle und Rostock.

Die Geschwindigkeit der Veränderungen am rechten Rand der Gesellschaft hat in den zurückliegenden drei, vier Jahren derart zugenommen, der Takt neuer, ins Kraut schießender Erscheinungen wie Pegida, HoGeSa, AfD, massiver Proteste gegen Geflüchtete und ihre Unterbringung, christlich-fundamentalistischer, antifeministischer, rassistischer, antimuslimischer und verschwörungswirrer Massenbewegungen halten uns in Atem.

Inhalt:

- Die frommrechte Revolte. Es herrscht Aufbruchsstimmung am rechten Rand in Deutschland unter christlichen Fundamentalist_innen, Lebensschützer_innen und Rechtspopulist_innen. Von Jennifer Stange
- Feindbild „Genderismus“. Antifeministische Diskurse in der extremen Rechten. Von Juliane Lang
- Das trojanische Zombie-Pferd. Fünf Thesen zu einer diskursiven Verschiebung im gegenwärtigen Antifeminismus. Von Sebastian Scheele
- Die soziale Basis der AfD. Von der Partei des reaktionären Kleinbürgertums zur „Partei der kleinen Leute“? Von Sebastian Friedrich
- Pegida: ein genuin ostdeutsches Protestformat? Aspekte und Fragen an eine Mobilizing Ressource. Von David Begrich
- Pegida – das erste halbe Jahr. Eine kritische Zwischenbilanz
- Nachtrag: Pegida und die Kommunalpolitik. Von Felix Korsch
- Pegida und die Kleingärtner_innen der Gesellschaft. Was der Umgang mit Pegida über unser Demokratieverständnis sagen kann: Überlegungen zu gesellschaftlicher Ordnung und radikaler Demokratie. Von Stefan Kausch
- Der Political-Correctness-Diskurs. Oder: Wie es rechten Ideolog_innen gelingt, Linke und Liberale zu verwirren und gegeneinander auszuspielen. Von Andreas Waibel

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in acht Wochen am 1. Oktober 2015.

Redaktionsschluss: Freitag, 25. September.

Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.

Die Erscheinungstermine 2015:

29. Okt., 26. Nov., 23. Dez.